

Gedanken zum Jahresende 2009:

Das alles ist kein Witz!



Valentin J.
Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Bei einem Rückblick kommt ganz zwangsläufig die amerikanische Politik in den Focus der Betrachtungen. Man möge mir also verzeihen, wenn ich der US-Politik der vergangenen Jahre und Monate relativ viel Platz einräume – sie ist eben wirklich wichtig für unser Schicksal.

Das Musterbeispiel «Irak»

Präsident G.W. Bush und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gaben im Sommer 2002 den Auftrag an die US-Army, die Operation «Southern Focus» zu starten.

Neun Monate vor dem Irakkrieg begann Washington mit der gezielten Bombardierung von irakischen

militärischen Zielen unter dem Vorwand, die Kontrollflüge über den Waffenstillstandszonen würden durch die Iraker bedroht. Und die Welt schaute unberührt zu.

Ab Juni 2002 flog die US-Air-Force 24 000 Einsätze bis zum offiziellen Kriegsbeginn im März 2003 gegen 350 Ziele im Irak.

Damit wurden die gesamte Luftabwehr und die Führungseinrichtungen des Irak noch während der diplomatischen

Scheingefechte, welche die amerikanische Führung mit Lügen, Täuschungen und Irreführung der Weltöffentlichkeit vom Stapel liess, zerstört. Der nachfolgende Krieg gegen die irakische Armee war dann für die Amerikaner nur noch ein Spaziergang nach Bagdad. Der nachfolgende Wiederaufbau eines funktionierenden Staates erwies sich dann jedoch als Herkules-Arbeit und ist bis heute nicht wirklich realisiert.

Die Grundhaltung der USA unter G.W. Bush und den Neokonservativen

Am 12. September 2002 sprach Bush vor der GV der UN:

Von Kooperation und Konsultationen war die Rede, aber auch von der Ablehnung, sich einem Abstimmungsresultat der UN zu unterwerfen. Gleichzeitig wurde die neue Sicherheitsstrategie verkündet und der klare Wille bestätigt, vorbeugend Kriege eröffnen zu wollen, wenn die US-Regierung dies im eigenen Interesse als nützlich erachte. **Dabei ging es um die Frage, ob die europäischen Staaten den hegemonialen Führungsanspruch der USA bedingungslos akzeptieren oder nicht.**

Die daraus folgenden Spannungen zwischen den USA einerseits und Frankreich und Deutschland andererseits sind bekannt und noch in guter Erinnerung.

Die NATO – Mittel zum Zweck für die USA

Im Zusammenhang mit dem 11. September 2001 und den darauf begründeten kriegerischen Aktionen durch die USA, stellten diese mehrere Dinge gegenüber den Europäern klar:

1. Wir sind nur an einzelnen nationalen Komponenten eurer ansonsten miserablen Verteidigungskapazitäten interessiert.
2. Wir allein entscheiden über die Kriegsführung.

Fortsetzung Seite 2



Schöne Festtage und ein gutes neues Jahr!

Im Namen der SD-Parteileitung wünschen wir allen gesegnete und besinnliche Festtage. Wir danken für Ihr Interesse an unserer Partei und freuen uns, auch weiterhin auf Ihre Unterstützung in unserem Kampf für Volk und Heimat zählen zu dürfen.

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 6 Präsentation der Zauberkünstler
- 8 Minarett-Verbot: Gift und Galle speien die Verlierer!
- 9 JSD neu in der Ostschweiz
- 10 Aus den Kantonen
- 15 «10vor10»-Redaktion gerügt
- 16 Der Leser hat das Wort

Das alles ist kein Witz!

Fortsetzung von Seite 1

3. Das auf Europa beschränkte Verteidigungsbündnis ist in eine weltweit operierende Militärorganisation umzuwandeln, die dort zu kämpfen hat, wo es die USA für richtig halten.

Seither verteidigt z.B. Deutschland «seine Freiheit» am Hindukusch.

War George W. Bush ein Spinner?

Nelson Mandela bat in einem Brief Bush sen. um Intervention bei seinem Präsidenten-Sohn.

Dabei sprach er «von einer Macht mit einem Präsidenten, der nicht das Vorstellungsvermögen hat, der nicht richtig denken kann, der jetzt die Welt in einen Holocaust stürzen will. Bush unterminiert die Vereinten Nationen. Es ist eine Tragödie, was Bush macht.»

Gleichzeitig Bush im Originalton: «Wenn ich glaube, dass Amerika bedroht ist, dann werde ich handeln!»

«Wenn ich glaube, dass es für mein Land notwendig ist, werde ich handeln!»

«Und ich glaube, dass der Gebrauch der Macht Amerikas die Welt friedlicher machen wird, sicherer und – ebenso wichtig – Menschen freier macht.»

In seiner Nationalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus kündete er im Februar 2003 an:

«Widerstrebende Staaten werden in den diplomatischen Schwitzkasten genommen, bis sie ihren Aufnahme-Antrag zur Koalition der Willigen unterschrieben haben.»

Und schliesslich:

«Mein Job ist es, sicherzustellen, dass Amerika sicher ist.»

Zu diesem Zweck bauten die USA in den vergangenen Jahren ihr Einflussgebiet kontinuierlich aus und begründeten dies mit dem Kampf gegen den Terrorismus. Unter diesem Aspekt ist ihnen der Angriff auf die Twin Towers vom 11. September 2001 sehr gelegen gekommen.

Das seit dem Fall der Berliner Mauer zusätzlich gewonnene Einflussgebiet kann wie folgt umrissen werden:

Der Mittlere Osten mit dem Irak

+ Jordanien, Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Türkei,

Zentralasien mit Afghanistan

+ Turkmenien, Usbekistan, Tadjikistan, Kasachstan, Kirgisien, Georgien,

wobei alle diese Gebiete mit neuen Truppenstützpunkten oder Nutzungsrechten auf militärischen Anlagen abgesichert sind.

Nach Aussage des seinerzeitigen Kommandanten des **Central Command** General Franks ist sein Einsatzraum von Ägypten und Jordanien bis zum Horn von Afrika, die arabische Halbinsel, Pakistan und die zentralasiatischen Staaten; weiter das Rote Meer, der nördliche indische Ozean und der persische Golf.

Zitat: **Strategische Erdölvorkommen und die Schifffahrtswege machen aus der Region ein Gebiet (das für die USA) von höchster Bedeutung ist. Es geht um die Sicherung der Rohstoffreserven (für die USA) im Nahen und Mittleren Osten. Die Golfregion wird für die internationale Energiepolitik Amerikas im Mittelpunkt stehen.** (Na, also!)

Die heute noch gültige Sicherheitsdoktrin der USA lautet:

«Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Golfregion zu erlangen, wird als ein Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet.»

Damit ist es nicht schwierig, die Politik der USA gegenüber dem Iran, dem Irak und Afghanistan zu interpretieren.

China, Indien und Afrika aus energiepolitischer Sicht betrachtet

Vizepräsident Cheney wies in einer energiepolitischen Standortbestimmung unverhohlen darauf hin,

– dass China und Indien über die Erdölwanne unter Kontrolle gehalten werden können und

– dass die Amerikaner die afrikanischen Quellen in Nigeria, Angola, Gabun, Tschad, Sao Tomé, Kamerun und Kongo für sich reklamieren;

– dass Amerika entschlossen sei, in Westafrika zu bleiben (Colin Powell 2002) und

– dass die staatliche Erdölindustrie privatisiert werden müsse, um dank besserer Fördertechnik das gesamte Öl der Region (für die USA) besser erschliessen zu können.

Afrika – ein Teil des US-Imperiums!

Ende 2002 verlangte Bush am amerikanisch-afrikanischen Wirtschafts-Gipfel,

– die vollständige Öffnung der afrikanischen Märkte;

– politische Reformen mit der Abkehr von Korruption und Kriegen.

Während diese Forderungen de facto ausschliesslich im Dienste der amerikanischen Wirtschaft und Landwirtschaft standen und stehen, palaverte Bush vom «Königreich der Freiheit», das er über



Schweinegrippe – bald Impfwang?

alle Staaten Afrikas ausdehnen wolle. Tatsächlich aber ging es um die Ausdehnung des Imperium americanum!

Nicht die Terroristen sollten Afrika als Stützpunkt benutzen können; das wollten die Amerikaner tun, um von dort aus den Krieg gegen den Terrorismus effizienter führen zu können und zugleich die westafrikanischen Erdölressourcen unter ihren «wohlwollenden» Schutz zu stellen.

Vom Camp Lemonier (in Djibouti) aus agieren heute rund 1800 marines, special forces und CIA-Spezialisten in Somalia, Sudan, Kenia, Äthiopien, Eritrea, Djibouti und im Jemen. Und das alles im Dienste der amerikanischen Wirtschaft – lies Hochfinanz!

Gleichzeitig drängten die USA Frankreich und GB aus ihren traditionellen Einflussgebieten, provozierten damit den Groll von 500 Millionen Muslimen Afrikas und helfen damit ein gewaltiges Potenzial für die Rekrutierung durch Al-Kaida-ähnliche Organisationen entwickeln.

Das Schweinegrippe-Syndrom!

Bei der Sichtung der Publikationen und behördlichen Vernehmlassungen zu diesem Thema fallen auf:

– das Schweinegrippevirus ist nicht mehr als eine Hypothese;

– der harmlose Grippeverlauf kann nicht die Motivation für die millionenschweren, aufgeregten Reaktionen der Behörden sein;

– die bis heute vorgelegten Beweise für die angebliche Gefährlichkeit der Grippe sind angesichts der Verhältniszahlen (z.B. 320 Millionen Amerikaner – mit 20 000 ernsthaft Erkrankten (an was wohl?) – ca. 1000 Todesfälle!) sind nichtssagend;

– die behördlichen Massnahmen (vom Nationalen Notstand des Herrn Obama bis zum Quasi-Impfwang in zahlreichen Ländern der westlichen Welt der so genannten Risikogruppen) provozieren die Gretchenfrage, «wem das alles nützte»?

Mögliche Antworten:

– Die Herren der Welt (nach Clemens Verenkotte!) wollen ein

Chaos anrichten, um den zu erwartenden Zusammenbruch des Finanzsystems zu cachieren und die Voraussetzung zu schaffen für einen Neuanfang an der Währungsfront mit der generellen Entreichung aller Dollar-Gläubiger, resp. der WEG-Organisationen der Milliarden-Schulden zahlreicher Staaten und Banken.

– **Dass damit das Dollar-Imperium mit seinen Repräsentanten erneut schamlos profitieren würde, liegt auf der Hand.**

– Die pharmazeutische Industrie macht einmal mehr ein grosses Geschäft mit praktisch wirkungslosen, ja gefährlichen Impfstoffen. Dabei verdienen sich nicht nur die Hauptaktionäre der betreffenden Firmen eine «Goldene Nase», auch viele Trittbrettfahrer der Medizinal-Kaste werden reichlich absahnen.

– Diese Kampagne ist als Fortsetzung der AIDS-Lüge, der Vogelgrippe-Epidemie – mit dem Töten von Hunderttausenden von Tieren und der Vernichtung von zahllosen Kleinexistenzen, der merkwürdigen Tierseuchen (wie Blauzungen-Krankheit, SARS, usw. zu verstehen und dient zur Verwirrung und Einschüchterung der Menschen, die sich dann willig einem Impfwang für sich selbst und ihre Tiere unterwerfen.

– Der böse Verdacht ist bis heute nicht ausgeräumt, dass mit ungeprüften Vakzinen – die aber sicher gefährliche Gifte enthalten – das erschreckende Ziel der Dezimierung der Erdbevölkerung angestrebt werden soll!

Ja, lieber Herr Schlatter, sie haben recht – das hier ist kein Witz!

Aber, dass Sie sich für diese fragwürdige Übung am Schweizer Fernsehen einspannen liessen, ist schon eher tragisch. Sie sind damit zu einem Teil des Schweinegrippe-Syndroms geworden.

Schlussbemerkung: Die USA versuchen de facto die ganze Welt unter ihre Kontrolle zu bringen. Wer ähnliche Gelüste zeigen sollte (z.B. China oder Indien oder evtl. noch Russland) wird sofort zum Todfeind erklärt, der mit allen Mitteln zu bekämpfen ist. Dass sich die USA mit dieser Politik finanziell übernommen haben, ist offensichtlich.

Es ist lediglich zu hoffen, dass aus dem Zusammenbruch des Dollar-Imperiums eine «Phoenix-aus-der-Asche»-Geschichte resultieren wird. Andernfalls stehen uns allen harte Jahre bevor!



Ja zum Minarettbauverbot, aber die Übervölkerung ist Kernproblem!

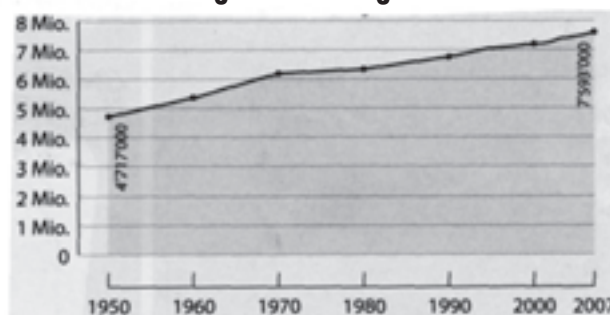
Es ist erfreulich, dass die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten vom Stimmvolk angenommen wurde, aber das Kernproblem der Schweiz, nämlich die Übervölkerung, die Bevölkerungsmassierung auf engem Raum, ist damit nicht vom Tisch. Es gibt einfach zu viele Menschen in der Schweiz!

Die andauernde Masseneinwanderung hat zu einem Zustand geführt, bei welchem nicht nur Umweltprobleme wie Landschaftszerstörung, Luftverschmutzung, Wassernot, Gletscherschwund, Verkehrschaos, Lärm, massloser Energieverschleiss, Mangel an Erholungsräumen – ins Unermessliche steigen. Auch Infrastrukturen wie Bahnhöfe werden zu klein. Kein Mensch, auch wenn er noch so bescheiden ist, kann leben, ohne die Umwelt zu belasten. Die dichte Bevölkerung führt jedoch ebenfalls zu psychischen Störungen wie Neurosen, Süchten, Zunahme von roher Gewalt und Kriminalität, Zerfall der Familien, unfruchtbare Ehen, weil die Leute einander seelisch auf den Hühneraugen herumtreten. Die Wissenschaft spricht von Auswirkungen des «Dichtestresses». Es gibt kaum ein aktuelles politisches Problem, das nicht auf Übervölkerung zurückzuführen wäre.

Als einzige Umweltorganisation weist die **Ecopop**, früher Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen, in verdankenswerter Weise seit Jahrzehnten (leider ziemlich erfolglos) auf diesen Zusammenhang hin. Ob genannte Fakten verhinderten nicht, dass fast unisono «Wachstum» als Lösung sämtlicher Schwierigkeiten angepriesen wird. Dabei wollte auch die **Ecopop**

eine lange Zeit die Ursache des Problems nicht wahrhaben, ist die Geburtenziffer der Einheimischen doch so niedrig, dass sich daraus ohne Einwanderung eine Bevölkerungsschrumpfung von einem Drittel pro Generation ergäbe. Die Herabsetzung der Geburtenzahl,

Offizielle Bevölkerungsentwicklung



die auch in verschiedenen Leserbriefen beschwört wird, kann es also nicht bringen. Wäre eine Gesellschaft ohne Jugend überhaupt lebensfähig? Ein solcher Zustand wäre ebenfalls nicht nachhaltig. Die Alterspyramide der Schweiz ist wegen wenigen Jungen schon heute «verzerrt».

Die Stimmbürgerschaft wird seit Jahrzehnten manipuliert, indem bundesrätliche Politik und Medien Wachstum verherrlichen und noch so minimale Zunahmen der Geburtenzahlen und Abnahme der Zuwanderung bereits gross als angebliche «Trendwende» herausstreichen. Unterdessen geht die Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung jedoch munter weiter, dies seit über einem halben Jahrhundert, und dies immer schneller. Allein das Jahr 2008 brachte uns einen offiziellen Einwanderungsüberschuss von

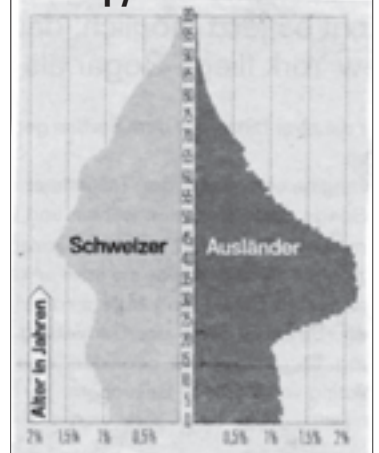
Amtliche Einwanderungen der letzten Jahre



106 000 Personen und ein Bevölkerungswachstum von 1,7 Prozent! Die Statistik für 2009 wird kaum anders aussehen. Hinzu kommen illegale Einwanderer oder «sans papiers», von Fachleuten auf 400 000 bis 500 000 geschätzt, Asylbewerber, nicht mitgezählte Sonderkontingente wie Kurzaufenthalter, Grenzgänger, diplomatisches Korps usw. Das Bundesamt für Statistik hat die Kontrolle längst verloren und die Zahl der tatsächlich in der Schweiz wohnenden Menschen die Achtmillio-nengrenze klar überschritten!

Solange wir einen freien Personenverkehr mit der EU haben, wird diese Einwanderungsbewegung nicht abbrechen. Arbeitslosigkeit mit mehr Wirtschaftswachstum und Zunahme der Ar-

Alterspyramide



Alle Zahlen: Bundesamt für Statistik

beitsstellen bekämpfen zu wollen, ist unter diesen Bedingungen erfahrungsgemäss ein Fass ohne Boden; denn je mehr Arbeitsstellen geschaffen werden, desto mehr ausländische Arbeitskräfte, die mit der EU unzufrieden sind, werden in die Schweiz migrieren. Jede Souveränität geht flöten! Wir haben uns eine unheilvolle Kombination eingebrockt: Nachteile des Nichtbeitritts zur EU mit den Nachteilen eines Beitritts. Nur eine Kündigung des freien Personenverkehrs kann uns noch helfen!

Jean-Jacques Hegg, Dr. med.,
Psychiater FMH, e. Nationalrat

Kanton Aargau: Grosser Rat

Interpellation zu Natur- und Umweltschutz

Interpellant:
René Kunz, SD



Heimatliebe bedeutet auch Umwelt-, Natur- und Heimatschutz. Ohne eine ökologisch verantwortbare Politik ist jedes Volk in seinen Lebensgrundlagen gefährdet. Dem Natur- und Umweltschutz müssen wirtschaftliche Interessen zwingend untergeordnet werden. Der Materialismus der letzten 100 Jahre hat eine Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen mit sich gebracht. Umweltschutz ohne Einbezug der Bevölkerungsproblematik ist unvorstellbar. Diese Problematik ist – dies wissenschaftlich begründet – ein Thema, welches uns in Zukunft immer mehr beschäftigen wird. Nicht zu unterschätzen ist dabei die massive, sprunghafte Zunahme der Wohnbevölkerung in unserem

Kanton – bereits 600 000 Personen leben in unserem Kanton (Tendenz steigend) – insbesondere auch durch den Zustrom von Ausländern aus EU-Ländern. Dieser Umstand zwingt uns, auf Kosten der Umwelt unsere sehr beschränkten, natürlichen Lebensgrundlagen mit immer gigantischeren Infrastrukturen aller Art und gravierenden Folgen laufend zu schmälern. Umweltschutz ohne Einbezug dieser eminent wichtigen Tatsache ist absolut unglaubwürdig. Die Überbevölkerung lässt sich nicht bekämpfen, indem auf allen Ebenen die Einheimischen und die niedergelassenen Ausländer den Gürtel immer enger schnallen müssen (Arbeitslosigkeit, Lohndruck, zu hohe Bodenpreise, Umweltprobleme, Energieprobleme usw.). Mit der Zunahme der Zuwanderung müssen neue Wohnungen, Schulen, Strassen und öffentliche Verkehrsmittel realisiert werden. Das be-

Interpellation zu Natur...

Fortsetzung von Seite 3

deutet immer mehr Zersiedelung. Täglich opfern wir Kulturland, welches für immer verloren geht. Soll unser Kanton zu einem Stadtstaat «Greater Aargau Area» mit 700 000 oder noch mehr Einwohnern werden, wie kürzlich von verschiedenen Seiten zu vernehmen war? Die Kantone Aargau, Zug und Zürich gehören – ökonomisch gesehen – zu den attraktivsten der Schweiz. Folgerichtig müssten dort auch die glücklichsten Einwohnerinnen und Einwohner leben. Das trifft aber nicht zu, denn die Menschen fühlen sich in den Randregionen – abgesehen von Arbeitsplatzproblemen – wohler. Man spricht ja nicht umsonst vom

Dichtestress! **In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:**

1. *Ist der Regierungsrat willens, der Erhaltung und Förderung des Umwelt-, Natur und Heimatschutzes die notwenige und genügende Nachachtung zu verschaffen?*

2. *Wenn ja, welche präzisen Massnahmen sollen vorangetrieben werden?*

3. *Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass der Zustrom der ausländischen Bevölkerung nunmehr das erträgliche Mass übersteigt?*

PS: Übrige Fragen abrufbar auf der Aargauer Internetseite www.schweizer-demokraten-ag.ch

Ganzheitliche Bevölkerungspolitik statt *laissez-faire*!



Walter Wobmann,
SD-Stadtrat-
kandidat,
Zürich

Der grüne Jungpolitiker hat hier präzise den Nagel auf den Kopf getroffen. Wie erwartet, liess die Parteileitung nicht lange mit einer Antwort auf sich warten. Obwohl es ein Faktum ist, dass, wenn man die Umweltbelastung ganzheitlich anschauen will und zu ehrlichen Resultaten kommen möchte, man Umweltbelastung pro Kopf mal Bevölkerungszahl rechnen muss!

Dies jedoch ist, gerade bei linksgrünen Politikern, insbesondere bei der oberen Parteileitung, ein TABUTHEMA seit mindestens zwei Jahrzehnten! Die «politisch korrekte, internationalistische Denkweise» der linken und grünen Parteien lässt eine solche Debatte von vornherein nicht zu!

Bastien Girod ist, obwohl er damit total recht hat, mit seinem Papier voll in eines der empfindlichsten Fettnäpfchen der «Political Correctness» getreten, welche alle Leute, die dieses Thema in diesem Sinne aufwerfen, sofort (zwangsreflexartig) ins rechtsextreme Lager abschiebt. Und dies meiner Meinung nach zu Unrecht!

Gerade in den letzten Jahren mussten wir zunehmend feststellen, dass infolge der Personenfreizügigkeit und allzu offener Grenzen eine Masseneinwanderung stattgefunden hat, die sowohl um-

weltpolitische, arbeitsmarktpolitische, als auch sozialpolitische und kulturpolitische Schäden in gravierendem Ausmass in unserem Lande verursacht hat, worüber sonst sensibilisierte «Grüne und Linke» gerne hinwegsehen, um sich ja nicht mit diesem Tabuthema auseinandersetzen zu müssen.

Genau diese Entwicklung, die übrigens auch mit der Haltung der Linksrünen in der EU- und WTO-Frage zusammenhängt, sah ich schon 10 Jahre vorher und habe schon damals 1999/2000 die Konsequenzen gezogen und bin aus der Grünen Partei ausgetreten. Ich musste nämlich beobachten, wie die Grünen gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts zusehends ihre einst guten Ideale zugunsten eines EU-Fetischismus über Bord warfen: EU-Zentralismus und -Bürokratismus statt «small is beautiful»; Multikulti statt die nachhaltigeren kulturellen und traditionell lokalen, regionalen und nationalen Eigenheiten bewahren.

Dies alles nur wegen einer starrsinnigen internationalistischen Haltung dieser Kreise. Das Ergebnis ist eine zunehmende Veramerikanisierung und Globalisierung der Schweiz und auch anderer europäischer Länder bis zur Unkenntlichkeit, Verleugnung unseres eigenen kulturellen und geistigen Erbes mit Inkaufnahme eines materialistischen Kompensationsverhaltens der entwurzelten Zuwanderer wie in den USA mit gravierenden umweltschädlichen Folgen! Dies war bereits beim Abschluss des WTO-Vertrages 1994/95 absehbar.



Schrankenloser Wettbewerb = schrankenlose Einwanderung!

Auch damals verpassten die Grünen (meiner Meinung nach absichtlich!) die Chance, zur Speerspitze einer antiglobalistischen Bewegung zu avancieren.

Nationalstaat kaputtredend

Darum haben wir heute eine fast unlösbare Ausgangslage: Auf der einen Seite die neoliberalen (FDP, CVP, auch GLP) und neokonserva-

tiven (SVP, EDU) Kräfte mit kapitalistisch-globalistischen Zügen, die Zentralismus und Machtballung vor allem in der Wirtschaft und Schwächung des Nationalstaates zu Gunsten der Grosskonzerne anstreben; und auf der anderen Seite die Linken (SP, AL und PdA) und Grünen, mit ebenfalls internationalistischer Ausrichtung und dem Gedanken der zentralen Planwirtschaft mit Bürokratismus im Hinterkopf, aber eben auch den Nationalstaat kaputtredend!

Die wirklich antiglobalistische, auch «kleinräumig» denkende, nachhaltig und national orientierte politische Kraft in diesem Lande sind die Schweizer Demokraten, welche als einzige Hoffnung noch national, umweltbewusst und sozial politisieren. Dies hoffentlich auch mit zunehmender Beachtung und Erfolg in der Bevölkerung, trotz der Ignoranz und ungerechtfertigten Vorwürfen seitens der meisten Medien.

Lieber Bastien Girod, wenn Du es wirklich ernst meinst mit dem Umsetzen Deiner Thesen, dann komm rüber zu den Schweizer Demokraten, denn nur hier ist es möglich!

Wildrisse Bruchteil der Schäden

Grossraubtiere werden mitunter als blutrünstige Bestien dargestellt, die ganze Nutztierbestände auslöschen können. Eine nüchterne Betrachtung der Relationen zeigt allerdings auf, dass Wild- und Nutztierbestände durch andere Faktoren weit stärker beeinträchtigt werden. So werden in der Schweiz jährlich rund 250 000 Schafe gesömmert. Der durchschnittliche Verlust während einer Saison beträgt zwischen fünf und zehn Prozent, also mindestens 12 500 Tiere, die durch Absturz, Krankheiten oder Blitz einschlag sterben. Auf Übergriffe des Wolfes sind jährlich rund 100 bis 200 tote Schafe zurückzuführen. Der Verlust dieser Schafe wird den Schafhaltern vollständig entschädigt.

Auch der Luchs löscht keine Bestände aus. An Nahrung benötigt er pro Woche ungefähr ein Reh oder eine Gämse; pro Jahr frisst ein Luchs also um die 60 Tiere. Gleich viele werden jährlich Opfer eines Autos oder eines Zugs. Und 41 000 Rehe und knapp 14 000 Gämsen wurden im Vorjahr laut eidgenössischer Jagdstatistik auf der Jagd erlegt. Von Luchsen wurden aber im vergangenen Jahr schweizweit nur 35 Schadenfälle gemeldet.

Im Gegensatz zum Wolfs- und Bärenkonzept, welche «nur» Abschlüsse von einzelnen schadenstif-



Bärin aus: Pro Natura Magazin

tenden Tieren regeln, legt das Konzept Luchs aber auch die Basis für die Reduktion des Luchsbestandes, wenn dieser Auswirkungen auf den Reh- und Gämsenbestand hat oder im Wortlaut «die Artenvielfalt gefährdet». Für Pro Natura ist das unverständlich und inakzeptabel. Denn es geht hier nicht um Gefährdung der Artenvielfalt, sondern vielmehr um Nutzerinteressen von Jägern, die in ihrem Revier nicht mehr gleich viel Wild schiessen können.

Pro Natura ist überzeugt, dass diese Regelung gesetzeswidrig ist und wird sich bei der anstehenden Revision der Jagdverordnung für den verbesserten Schutz der Grossraubtiere einsetzen. Entsprechende Forderungen hat Pro Natura beim Bundesrat deponiert.

In: Pro Natura Magazin

Wachen die Grünen endlich auf?

Die «grünen» Parteien der Schweiz haben mit Bevölkerungspolitik gewöhnlich nichts am Hut. Gegen jede wissenschaftliche Evidenz behaupten sie, die Dichte einer menschlichen Bevölkerung habe keine Konsequenzen für die Ökologie eines Gebiets. Migrationsströme seien deshalb ökologisch bedeutungslos. Lieber beschäftigen sie sich mit Feminismus, einer angeblichen gesellschaftlichen Benachteiligung des weiblichen Geschlechts. Ja, sie vertreten oft sogar einen umgekehrten Standpunkt, indem sie sich für eine möglichst grosse Einwanderung aus der Dritten Welt einsetzen.

Nun scheint die massive, einwanderungsbedingte Bevölkerungszunahme der Schweiz in den letzten Jahren in der Nationalratsfraktion der Grünen doch einige Bedenken auszulösen. Die Nationalräte Bas-

tien Girod und Yvonne Gilli fordern deshalb in einem parlamentarischen Vorstoss Massnahmen, um die Zuwanderung zu bremsen. Wenn die Bevölkerung in der Schweiz im gleichen Tempo wie 2008 wachse, werde sie sich innert 50 Jahren verdoppeln! Sozial schwache Einheimische würden in schlechte Wohnlagen verdrängt, die Verkehrsengpässe verschärft und die Luftbelastung verstärkt! Sie fordern namentlich raumplanerische Massnahmen und eine Bevorzugung der Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt. Zwar wissen wir aus Erfahrung, dass die Raumplanung nichts (oder fast nichts) bringt, und aus einer Diskussion in der Arena, dass Girod nur schüchtern auf das Problem reagiert. Aber immerhin, es ist erkannt, wenigstens von (vorläufig?) zwei echten Grünen.

SDA/jhd

Irrwitz des Schweizer Verkehrswesens

«Geht es eigentlich noch?» Diese Frage, die mit Ausrufezeichen zu schreiben wäre, drängt sich auf, wenn man einzelne Zustände im Schweizer Verkehrswesen genauer betrachtet. Denn vieles, was da geboten wird, ist widersinnig, irrwitzig. Ist es nicht absurd, wenn 40-Tonner ihre Last über den 2000 Meter hohen Simplonpass karren, auf einer Autobahn, die eine Milliarde kostete, obschon es unten auch einen Bahntunnel gibt? Oder: Warum können pendelnde Automobilistinnen für die gleiche Strecke bis zu fünfmal mehr von den Steuern abziehen als die Benutzer des öffentlichen Verkehrs? Ist es noch normal, wenn man die Folgen des zunehmenden Strassenverkehrs mit immer neuen «Entlastungsstrassen» einzudämmen verspricht, obschon man seit 50 Jahren genau weiss, dass sich damit die Probleme nur verlagern und die Verkehrsspirale weiterdreht? Und warum eigentlich fah-



Geländewagen in der Stadt.

Aus: VCS-Magazin

ren wir in schweren Geländewagen mit Vierradantrieb in die Stadt, während wir in den Bergen für geländegängige Landmaschinen Betonpisten bauen, die aussehen wie Industriefahrten und die zerstören, was zum Wertvollsten überhaupt gehört: die Landschaft? Wir haben uns im Verkehrswesen an so vieles gewöhnt, dass wir oft gar nicht mehr wahrnehmen, wie sehr es aus den Fugen geraten ist.

Peter Krebs in: VCS-Magazin

Vogelschutz bei Freileitungen

Seit Jahren engagiert sich der Schweizerische Vogelschutz (SVS) dafür, dass Glas an Bauten und Lärmschutzwänden nicht zum Vogelkiller wird. Zusätzlich wird er nun aktiv betreffend Freileitungen. Mittelspannungsleitungen und vor-

allem unsachgemäss gebaute Masten sind grosse Vogelfallen. Zusammen mit den Elektrizitätswerken und dem Bund geben der SVS und die Vogelwarte Anleitungen heraus, wie die Gefahr entschärft werden kann. SVS

Milchschwemme

Die Milchproduktion ist für knapp 30 000 Bauernfamilien ein wichtiger Betriebszweig. Nach Abschaffung der Kontingentierung schlitterte die Milchbranche in Überschuss und Preiszerfall. Nach dem Milchkrieg braucht es jetzt partnerschaftliche Lösungen. Niemand sieht in den Medien gerne Bilder, auf welchen Milch aus Güllefässern auf die Äcker gespritzt wird. Das sind verzweifelte Bauernproteste. Auf dem EU-Markt ist der Rohstoff Milch nichts mehr wert. Auch in der Schweiz ist der Preiszerfall soweit, dass selbst grössere Produzenten ihre Kosten nicht decken können.

Bei Milch und anderen rasch verderblichen Agrargütern ist ein bisschen zuviel, schon viel zu viel. Am Markt reagieren Angebot und Nachfrage äusserst unelastisch. Die Lagerung von Butter ist teuer; sofort verursachen Überschüsse massiven Preisdruck. Da die Kühe im Stall stehen, die Melkeinrichtungen da sind, reagieren die einzelnen Produzenten auf sinkende Preise nicht mit Drosselung der Menge, wie man nach den Regeln der Marktwirtschaft erwarten

müsste. Nein, in der Abwärtsphase wird versucht, den Mindererlös je Kilo durch mehr Menge zu kompensieren. So halten Produzenten einfach durch, auch wenn die Vollkosten längst nicht mehr gedeckt sind. Als einzige Strategie hinter diesem Verhalten steckt der Wille zu überleben, bis andere Betriebe aus der Milchproduktion aussteigen. Ein solcher Verdrängungswettbewerb hat ruinöse Auswirkungen auf die Einkommen. Die Gesellschaft will und kann der Vernichtung von Lebensmitteln nicht einfach zuschauen. So stösst der Ruf nach staatlicher Lenkung, obwohl systemwidrig, auf zunehmendes Verständnis. Im Winter wird das Parlament über die zwangsweise Durchsetzung von Mengenregulierungen (so genannte Allgemeinverbindlichkeit) beraten müssen. Doch vorher muss die Mengenverteilung geregelt werden. Der erste Schritt auf den Milchmarkt ist misslungen. Der zweite Anlauf kann nur gelingen, wenn in der schweizerischen Milchwirtschaft faire Marktbedingungen gelten.

In: Ökologo

Pannen am Laufmeter im AKW-Beznau!

Beznau. Im Januar 2009 löst ein fehlerhaftes Messgerät im Kamin von Block 1 einen falschen Alarm aus. Im März stellen Fachleute fest, dass bei Sturm Teile des Dachstuhls im Maschinenhaus eine «**ungenügende Festigkeit**» haben, was bereits seit 1993 bekannt ist. Trotzdem ist der Missestand bisher nicht behoben worden. Im Mai wird im Beznau-1-Kamin eine erhöhte Jod- und Edelgas-Aktivität gemessen. Ein **undichtes Ventil** verursacht eine radioaktive Verschmutzung, die glücklicherweise nicht ins Freie gelangt. Im August werden während der Jahresrevision

im Block 2 **zwei AKW-Mitarbeiter verstrahlt**, die eine Überwachungskamera im Bereich des Reaktor-druckbehälters installierten. Die gesetzlich zulässige Jahresdosis ist bei ihnen deutlich überschritten. Dosisgrenzwertüberschreitungen bei Arbeiten in AKW kommen extrem selten vor. Der Vorfall deutet auf **Defizite beim schweizerischen Strahlenschutz** hin. Er wurde auf Stufe 2 der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) als Störfall eingeordnet. Ereignisse der Stufe INES 2 sind weltweit sehr selten.

Aus: Klartext Energie

Profitgier...

Unerwähnt bleibt, dass sich eine Masseneinwanderungs-Ökonomie nicht rechnet. Sie rechnet sich nur für Private – unter der Voraussetzung, dass die Folgekosten wie Infrastrukturausbau und Soziales wie seit den Sechzigerjahren üblich, auf Staatskosten gebucht werden. Damals geriet unser Land in ein chronisches Defizit, das sich zuerst bei den Kantonen und Gemeinden zeigte und danach auch

auf den Bund übergriff. Die Ausländerfrage löste sich von selbst, würden die Kosten der Zuwanderung den Gewinnen jener Unternehmen vollumfänglich belastet, die mit ausländischen Arbeitskräften Profit machen. Der Profit ist bekanntlich das, was übrig bleibt, wenn man alle Rechnungen bezahlt hat – wie etwa die Lohnrechnungen. Adrian Oswald, Luzern in: Migros-Magazin

Präsentation der Zauberer

Der Nobelpreisträger Prof. Friedrich A. von Hayek sagte:

Wenn wir nicht das Recht der Geldausgabe und das Geldmonopol des Staates und der Behörden abschaffen und völlige Freiheit in der Wahl des Geldes ermöglichen, werden wir nie wieder eine anständige Währung und auch nie wieder ein anständig funktionierendes Wirtschaftssystem haben.

Fiat money – das legale Falschgeld – steht im Zentrum eines gigantischen Betruges – pardon – eines grossartigen Zaubertricks, auf den (fast) die ganze Welt hereingefallen ist. Das **abra-cadabra** hiess und heisst dabei stets «Gold und Silber» ist in zu kleinen Mengen vorhanden, um die rasant wachsende Wirtschaft mit dem Tauschmittel Gold und Silber zu versorgen – gerade so, als ob sich diese beiden Edelmetalle in ihrem Wert nicht frei je nach Marktsituation bewegen, womit die Geldmenge je nach Bedarf ausgeweitet werden könnte. Erstaunlich ist nur, dass im Goldstandard das Preisniveau der realen Güter während mehrerer Jahrhunderte stabil blieb – die Produktion der Weltwirtschaft aber kontinuierlich anstieg.

Die glücklichen Zeiten der Stabilität gingen im fünfzehnten/sechzehnten Jahrhundert zu Ende, als das Finanzkapital unter der Aegide der «Fugger» seinen Siegeszug begann. Und seit es Zentralbanken gibt – also seit zirka 100 Jahren – die das Geldmonopol haben, wird mit der Geldmenge – d.h. mit Hilfe des Papiergeldes und in neuerer Zeit des virtuellen Geldes – hemmungslos gespielt – ganz zum Nutzen der Hochfinanz, die immer reicher, zum Schaden der Völker, die immer ärmer werden. Die mit dem rein privaten, anglo-amerikanischen Kredit- und Zinssystem geschaffenen Voraussetzungen führten immer wieder in eine exzessive Wachstumsspirale mit «Boom» und dann Zusammenbruch im «Bust» (dokumentiert sind ab dem 17. Jahrhundert bis 1930 48 Zusammenbrüche, 96 Bankkrisen, 176 Währungskrisen). Mit einem solchen System lassen sich ausserordentliche Gewinne realisieren, enorme private Machtballen und laufend mehr Kontrolle und Zentralisierung bewirken.

Wenn z.B. die USA, die angebliche Lokomotive der Weltwirtschaft, in den letzten 15 Monaten ihre Gesamtschulden aller Wirtschaftszweige von ca. 50 000 Milliarden Dollar auf 60 000 Milliarden Dollar

ausdehnen konnten, so ist das schlicht monströs. Diese Schulden sind nämlich mit Papiergeld oder virtuellem Geld unterlegt ohne jeglichen materiellen Hintergrund und selbstverständlich denkt niemand daran, diese Schulden jemals wieder durch reale Güter abzudecken. Man spielt also mit eigentlichem Monopoly-Geld und es ist schon erstaunlich, wie (fast) die ganze Welt auf diesen Zaubertrick hereinfällt und die inflationäre Geldmenge akzeptiert.

Doch zum Zaubertrick gehört die Ablenkung der Zuschauer!

Dafür sorgt die US-Regierung ohne Zögern. Jürgen Elsässer sagt zu diesem Trick ganz banal aber plausibel:

«Die US-Regierung kann den Dollar-Anlegern versprechen, jedermann, jederzeit und an jedem Ort mit militärischer Gewalt zu zwingen, die an sich wertlosen Dollar-nominierten Papierschnitzel, in Waren einzutauschen.»



Und **«Je tiefer die USA in die roten Zahlen versinken (zur Zeit sind es rund 150 Milliarden Dollar pro Monat!) und je offensichtlicher der Papiergeld-Swindel wird, umso verzweifelter müssen die USA versuchen, ihre ökonomischen Nachteile durch militärische Erfolge wettzumachen.»**

Das erklärt nicht nur die kriegslüsterne Haltung der USA gegenüber dem Iran (nachdem das Schatzkästchen Irak in ihrem Besitz ist!), sondern auch die Auspressung der Schweiz, resp. die Angriffe auf den Finanzplatz Schweiz, welche noch immer die «Frechheit» hat, eine eigene, relativ gesunde Währung zu pflegen!

Alle bisherigen Experimente mit dem «fiat money» endeten in einer Finanzkatastrophe. Da es den USA gelungen ist, den Dollarraum auf nahezu die ganze Weltwirtschaft aufzublähen (dank der Bretton-Wood-Vereinbarung), geht die gegenwärtige Katastrophe so tief und niemand vermag vorauszusagen, wann und wie die Täuschung der Zuschauer und unfreiwilligen Mitspieler beendet werden wird.

US-Verfassung gegen die Realität!

In der US-Verfassung steht:

«Kein Staat darf Geld prägen oder Kreditpapiere ausgeben oder irgend etwas anderes als Mittel zur Schuldentilgung erklären, ausser Gold und Silber.»

Dieser Satz ist noch heute Bestandteil der US-Verfassung (§1, Sektion 10) und gibt der Hegemonialmacht US vermeintlich das Recht, gegen alle andern Währungen – die effektiv oder vermeintlich ihre Vorherrschaft im Kapitalmarkt bedrohen, militärisch vorzugehen.

Es wäre falsch anzunehmen, das sei ein vergessenes Relikt aus längst vergangener Zeit. Zum Teil dieselben Leute, die heute die Regierungsmannschaft von Barack Obama (dem Träger des Friedensnobelpreises 2009!) bilden, formulieren im

«American Enterprise Institute» ein Projekt für das **Neue Amerikanische Jahrhundert.**

Dort stehen so ominöse Sätze wie **«Zur Zeit haben die Vereinigten Staaten keinen globalen Konkurrenten. Amerikas langfristige Strategie sollte darauf ausgerichtet sein, diese vorteilhafte Position zu bewahren und so weit wie möglich in die Zukunft auszudehnen. Dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn die amerikanischen Streitkräfte heute und in Zukunft über die weltweit überragendsten militärischen Fähigkeiten verfügen.»**

Und **«Neue weltmachtpolitische Konkurrenten sind von ihren Ambitionen abzuschrecken.»**

Und **«Die USA müssen eine neue Generation von Nuklearwaffen entwickeln, um etwa sehr tief gelegene Bunkeranlagen, die sich viele unserer potentiellen Gegner gebaut haben, ins Visier zu nehmen.» usw. usf.**

Solange derartige publizierte Leitlinien amerikanischer Politik nicht offiziell widerrufen sind, fragt man sich nach dem inneren Wert der Rhetorik des heutigen Präsidenten Obama.

Reinhard Deutsch sagt bei der Besprechung der verschiedenen Geldqualitäten: **«Geld muss letztlich immer mit einer realen Leistung verbunden sein und kann nur aus ersparten Einkommen durch Konsumverzicht entstehen. Das Versprechen auf Leistung genügt nicht. Eine versprochene Wurst macht uns nicht satt.»**

Die kritische Grundstimmung in verschiedenen – insbesondere arabischen Staaten ist deshalb verständlich angesichts des voreilig verliehenen Friedensnobelpreises an Barack Obama.

«Der Worte sind genug gewechselt – Lasst uns Taten sehen!»

Die Gesamtschulden der USA mit rund 60 000 Milliarden Dollar sind deutlich höher als das gesamte Welt-Sozialprodukt. Und die Schere öffnet sich täglich weiter.

Eine Rückzahlung dieser Schulden ist nicht beabsichtigt!

Die Selbsttäuschung, dass mit dem sachwertlosen Falschgeld die Probleme auf bequeme Weise gelöst werden können (über immer höhere Neuverschuldung!) wird eines nicht allzu fernen Tages wie ein überdehnter Ballon platzen und dann werden wir eine Hyperinflation mit nachfolgender Schaffung einer neuen Währungsordnung mit Golddeckung erleben.

Dann werden wir uns also in der Realität des Sachwertes des Geldes wiederfinden!

Das Zaubergeld – fiat money – die Fortsetzung einer alten Tradition!

Seit Midas von Lydien im 7. Jahrhundert v.Chr. das Sachgeld in Form von gestempelten Goldklümpchen erfand, wurde im Laufe der Jahrhunderte immer wieder betrogen, indem die Gold- und Silbermünzen bei gleicher Stempelung kleiner gemacht oder die Legierung verändert wurde. So senkte man z.B. den Reinheitsgrad der Goldmünzen von 85% (ca. 100 n.Chr.) bis auf 50% (ca. 200 n.Chr.).

Es wird behauptet, das römische Imperium sei nicht zuletzt durch die permanente Geldverschlechterung und die damit verbundene Zerrüttung der Währung und der Staatsfinanzen untergegangen.

Im ganzen Mittelalter widerstanden die Fürstenhäuser, Bischöfe und Äbte der Versuchung nicht, ihre Finanzen durch die oben angedeuteten Tricks zu sanieren. Dazu kamen dann ab Ende des 13. Jahrhunderts noch die sogenannten Münzverfälschungen – eine Art Währungsreform, mit der die Sparer regelmässig teilweise oder ganz um ihre Ersparnisse geprellt wurden.

In der Neuzeit entstanden die staatlichen und privaten Zentralbanken (Bank of England 1694 – die bereits z.T. ungedecktes Papiergeld ausgab!), die durch Schaffung

des **fiat money** die Inflation organisierten, resp. die Geldentwertung produzierten.

Das 20. Jahrhundert brachte die Betrügereien zur grössten Blüte, indem das legale Falschgeld (auch Kreditgeld genannt) ohne Sachwert-Bezug zum Weltwährungssystem gemacht wurde.

Die Schritte dabei waren

- Einführung des Goldstandards (also die Aufgabe der Bimetall-Währung)
- die Abschaffung der Einlösepflicht in Gold, Sachwerten oder Leistungen, d.h. die Abschaffung des Goldes als Geld (1971);
- die Schaffung des IWF (internationaler Währungsfonds)
- die Aufhebung der Pflicht, die Summe der reinen Kreditwährung (M3) bekannt zu geben;
- das Salonfähig-Machen des fractional banking.

Und jetzt stösst das **fiat money-System** an seine Grenzen. Das internationale «Monopoly-Spiel» steht kurz vor dem Aus, weil die Mitspieler auch mal «die Wurst wollen», da sie vom Versprechen auf die Wurst nicht satt werden!

Der Staat ist im Grunde nie an ehrlichem Geld interessiert!

Er betrügt nur mal mehr, mal weniger hemmungslos! (Zitat aus R. Deutsch.: Das Silberkomplott, Seite 54f) Die Geschichte ist voll von Beispielen, wie die Bevölkerung durch die Herrschenden um den Lohn ihrer Arbeit betrogen wurde, um z.B. Kriege finanzieren zu können. An diese Stelle gehört ein Zitat aus dem Buch von R. Deutsch zum Bretton-Woods-System:

«In Bretton Woods wollte Keynes nach dem Krieg eine Weltbank einrichten, welche die Falschgeldproduktion kontrollieren sollte. Das wollten aber die Amerikaner nicht, und sie schufen den IWF. Diese Konstruktion gab den Amerikanern die Möglichkeit, Trick 2 in ungeahntem Mass mit der ganzen Welt zu betreiben.

(Trick 2 = Geldschöpfung mit dem Versprechen auf eine zukünftige, reale Leistung)

Mit dem Dollar als Leitwährung konnten sie undefinierte Zukunftsversprechungen nicht nur gegenüber ihren eigenen Landsleuten, sondern gegenüber der ganzen Welt abgeben.

Die ganze Welt liefert Waren und Leistungen gegen diese Versprechen. Amerika lässt sich jedes Jahr für etwa 400 bis 500 Milliarden Dollar Ware liefern, die es mit frisch erzeugtem Falschgeld bezahlt.

Zum ersten Mal in der Geschichte kann ein einzelnes Land die ganze



Kaufen hält Nachfrage am Markt, schliesst den Geldkreislauf und schafft Arbeit.

Welt indirekt durch Inflation besteuern, indem es einfach immer mehr eigenes Falschgeld erzeugt und sich dafür Waren liefern lässt. Mit dem Geniestreich in Bretton Woods, den Dollar zur Weltwährung zu machen, hat Amerika ein Imperium ohne Zwang und Gewalt aufgebaut. Alle Länder zahlen freiwillig Tribut an die Vereinigten Staaten und glauben auch noch, dies sei zu ihrem eigenen Vorteil. *Am Anfang behauptete man zwar noch, diese Versprechungen seien durch Gold gedeckt. Aber als Frankreich und andere Staaten wirklich Gold haben wollten, machte Amerika 1971 das Goldfenster einfach zu und hielt sich nicht an sein Versprechen.*

Das Merkwürdige war nur, dass danach alles weiterging, als sei nichts gewesen. Der Dollar ist nach wie vor Weltwährung, die USA verschulden sich immer mehr, und die Welt liefert jedes Jahr freiwillig für 500 Milliarden Dollar Waren in die Vereinigten Staaten gegen leere Versprechungen und freut sich noch über ihre Exporterfolge und wachsenden Devisenreserven. Dabei müsste doch jedem klar sein, dass diese Schulden der USA nie eingelöst werden.

Über die exorbitanten Steuern und die andauernde, angeblich für das Funktionieren des Systems notwendige Inflation wird nun seit Jahrzehnten das Entreicherungs-spiel gegenüber dem Mittelstand vorangetrieben.

Es wäre wieder einmal an der Zeit, eine Debatte zu führen über die Frage, ob es nützlich sei, das Volk zu betrügen – so wie zur Zeit Friedrichs des Grossen (1777).

Immerhin betonte Bundesrat Nello Celio anfangs der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts vor dem Nationalrat, nach seiner Überzeugung sei jede Inflation ein Betrug am Volk!

Was zur Zeit über die wilde Ausdehnung der Fiat-money-Beträge passiert, kann nur mit einem heranrasenden Taifun verglichen wer-

den. Wir wissen, dass er kommt, können aber noch immer hoffen, dass er sich abschwächt und vielleicht nicht gerade die sensibelsten Gebiete zerstören wird.

Und dann werden wir wieder einmal mehr die Unschuldsbeteuerungen der Verantwortlichen zu hören bekommen, wie

«Das war nicht voraussehbar –

schrecklich, schrecklich!»

«Wir werden alles tun, damit so etwas nie wieder passiert!»

Und geschehen wird erneut gar nichts, weil das System für gewisse Kreise ja so viele Möglichkeiten bietet, sich schamlos zu bereichern. **Doch: Die Hoffnung stirbt zuletzt!**

Hans Spitz, Köniz

Die Stimmbürger stehen zur christlich-abendländischen Kultur!

Nicht ganz überraschend entschied sich die Mehrheit der Stimmenden bei der Minarett-Initiative für ein Ja, d.h. ein künftiges Minarett-Bau-Verbot in der Schweiz.



Ueli Brasser

Dank dieser Initiative wurde endlich die Diskussion um Islam und Muslime in der Schweiz thematisiert. Die Glaubensfreiheit gilt für alle in der Schweiz lebenden Menschen, selbstverständlich auch für praktizierende Muslime!

Unschweizerisch sind jedoch freiheitsfeindliche und undemokratische Praktiken bei einem Teil der Muslime, wie Unterdrückung der Frau, Zwangsheiraten, Burka-Verschleierung, Badeverbot in öffentlichen Anlagen für Muslim-Kinder, usw. Auch die schon geäusserte Forderung (!) betreffend Sonderrechten für Muslime (Scharia, gleich islamisches Recht!) war und ist völlig deplaziert.

Einmal mehr zeigt das deutliche Abstimmungsresultat (Ja in 22 von

26 Kantonen bei einer 54-prozentigen Stimmbeteiligung), dass insbesondere die Linksorganisationen und auch die sich immer besonders christlich gebenden Parteien wie CVP und EVP in dieser wichtigen gesellschaftspolitischen Frage bis anhin abgehoben von der Bevölkerung politisierten – und mit ihren Parolen voll daneben liegen! Nicht einmal die SVP, welche diese Initiative unterstützt hat, stand geschlossen hinter diesem – von einem Initiativkomitee lancierten Volksbegehren. **Bekannte SVP-Politiker wie Christoph Blocher und Peter Spuhler vertraten in dieser Frage ebenso sehr merkwürdige Standpunkte!**

Einzig die EDU und die SD standen immer zu 100 Prozent hinter den Forderungen dieser Initiative. Auch die SD werden dafür besorgt sein, dass die Forderungen der Initiative künftig ohne Wenn und Aber umgesetzt werden.

Schweizer Demokraten (SD)

Ueli Brasser, Gemeinderat,

SD-Zentralpräsident

Multikulti-Träume ausgeträumt!

Mit dem deutlichen Ja zur Minarett-Verbots-Initiative hat das Schweizer Stimmvolk ein klares Zeichen für die eigene Kultur und Tradition und gegen falsch verstandene Toleranz gesetzt. Dieses eindeutige Ergebnis an der Urne bestärkt uns Schweizer Demokraten (SD), unseren jahrzehntelangen Kampf gegen die Überfremdung und Überbevölkerung unserer Heimat mit unverminderter Härte weiterzuführen.



Bernhard Hess

Falsch verstandene Toleranz, Verleugnung der eigenen Kultur und Multikulti-Träume haben sich in der Vergangenheit als Irrwege herausgestellt und gefährliche Spannungsfelder provoziert. Die SD wa-

ren jene Partei, die vor den diesbezüglichen Fehlentwicklungen immer gewarnt hat. Für uns gilt: Die Schweiz ist ein von Christentum in Verbindung mit den Errungenschaften der Aufklärung geprägtes Land und so soll es auch bleiben!

In der Schweiz hat das Stimmvolk das letzte Wort. Interessant sind nun die geäusserten Reaktionen der linken und linksliberalen Gutmenschen. **Werden diese das deutliche Verdikt an der Urne akzeptieren oder suchen sie wie üblich die Schuld bei einem angeblich irreführenden Volksempfinden?**

Keinesfalls akzeptieren können die SD zudem, dass das Ausland in irgend einer Form auf diesen Volksentscheid Einfluss nimmt.

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer

Nach dem Ja zur Minarett-Initiative

Gift und Galle speien die Verlierer!

«Es droht die Tyrannei der Mehrheit» titelte ein gewisser Hannes Nussbaumer zwei Tage nach dem satten Volks- und Ständemehr einen längeren Kommentar zum Abstimmungsausgang im «Tagesanzeiger». Nicht nur dieser Journalist, sondern zu Hunderten wetteten weitere bekannte und unbekannt «Persönlichkeiten» in Interviews, Stellungnahmen und Leserbriefen über den (unerwarteten) Ausgang dieser Abstimmung. Nennen möchte ich diese «Persönlichkeiten» – mit zwei Ausnahmen eigentlich nicht namentlich, denn all diese haben sich meist als **Anti-Demokraten entpuppt**. Die eine Ausnahme, die ich hier nenne (auf Hannes Nussbaumer (H.N.) komme ich gleich zurück – und zwar so, wie er es «verdient»), ist die CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. Ebenfalls im «Tagesanzeiger» vom 1. Dezember wird sie u.a. zitiert mit: «Das Parlament müsse so rasch wie möglich dafür sorgen, dass das Minarettverbot wieder rückgängig gemacht werde». Was Frau Riklin m.E. fehlt, sind mindestens 30 Stunden Staatskundeunterricht. Ich zweifle jedoch stark daran, dass eine solche «Therapie» bei dieser CVP-Frau noch wirklich helfen könnte. **Man sollte jedoch auch die an und für sich hoffnungslosen Fälle nie ganz aufgeben!**

Nachhilfe für Tagi-Journalist

Es ist natürlich für H.N. ein Fresen, wenn dieser nach erhaltenem KO-Niederschlag, kaum zwei Tage später – die Realitäten wohl noch etwas verschwommen zur Kenntnis nehmend – mittels Kommentar im «Tagesanzeiger» einen Rundumschlag gegen die Minarett-Initiative und deren Befürworter abfassen und publizieren darf! Sein Kommentar hätte eigentlich gut in ein linkes Presseerzeugnis gepasst (gibt es derartiges überhaupt noch oder schreiben heute linksorientierte Journalisten lieber für gutes Geld in renommierten «überpar-

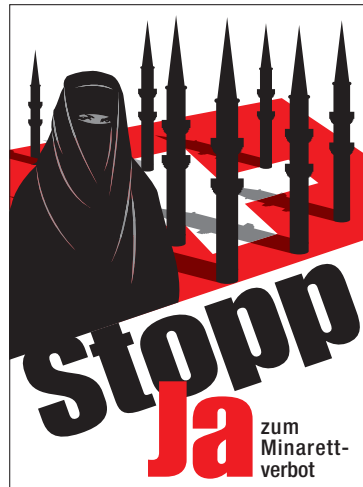
teilichen» Gazetten?). Eines ist aber sicher: Die linke WOZ hätte den Schwachsinn von H.N. kaum in dieser Form abgedruckt, denn die linken WOZ-Macher verteidigen normalerweise Errungenschaften wie **Volksherrschaft** (neudeutsch vielleicht Volksfrömmigkeit?) und insbesondere auch mit **Vehemenz das Initiativrecht!**

Wo bleibt die Sachlichkeit?

H.N. schrieb: «Sechs von zehn Abstimmenden haben am Sonntag für ein Minarettverbot gestimmt und damit zum Ausdruck gebracht: Der Islam weckt Bedrohungsgefühle». Verschiedene bekannte Befürworter der Minarett-Initiative erklärten doch im Vorfeld der Abstimmung und auch nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses, dass sich diese Initiative nicht gegen die **Glaubensfreiheit der Muslime** in der Schweiz richtet. **Dieses verfassungsmässig zugesicherte Recht ist und bleibt in jedem Falle allen zugesichert!**

Was die Stimmbürger mit ihrem Ja zur Initiative verlangen, nebst dem Bauverbot für Minarette (da diese ein Symbol des Machtanspruchs darstellen), ist ein **Nein zur Unterdrückung der Frau** in gewissen Kreisen des Islams, **Zwangsheiraten** oder das **durch den «Glauben» verordnete Bade- und Turnverbot für Muslim-Mädchen in den öffentlichen Schulen, usw.** Welchen Einfluss das Hand-Abhacken, Auspeitschen und ähnliches mehr in den Kernlanden des Islams bei «Sündern» – auf den Ausgang dieses Volksbegehrens letztlich hatte, bleibt eine unbeantwortete/untergeordnete Frage. Auch die «Heldentaten» des Obersten Muammar al-Gaddafi hatten sicherlich **keinen entscheidenden Einfluss** auf das Abstimmungsergebnis, «regiert» Gaddafi doch glücklicherweise nicht gleich ennet des Gotthards, sondern viel weiter südlich in seinem Wüstenstaat in Nordafrika. Das Minarett-Verbot steht auch nicht *«im Widerspruch zur Bundesverfassung... inklusive Diskriminierungsverbot und Religionsfreiheit»*. Eine solche Aussage ist nichts mehr als herbeigeredeter Unsinn!

Gegenfrage: Die (neue) Schweizerische Bundesverfassung beginnt in der Präambel mit: **«Im Namen Gottes des Allmächtigen!»** Wären die Äusserungen von H.N. richtig, so hätten sich die in der Schweiz lebenden Atheisten schon längst mit einer Klage an den **Europäi-**



schen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg gewandt um «Gerechtigkeit» zu erlangen. Dem ist aber nicht so!

Nussbauers Überlegungen implodieren!

Die national-konservative Wählerschaft umfasst in der Schweiz etwa 1/3 der jeweils Stimmenden. **Bei der Minarett-Initiative legten jedoch 57% der Stimmenden, dazu bei einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung von über 54%, ein Ja in die Urne.** Die Gründe hierfür mögen vermutlich bei den Stimmenden unterschiedlicher Natur sein, aber **das Votum eines Jeden – ob nun ein Ja oder Nein – muss respektiert werden.** Daran gibt es nichts zu deuteln! Es galt dabei die geheime Abstimmung, die auch Vorteile mit sich bringt.

Ich bin sicher, dass auch gewisse in der Schweiz stimmberechtigte liberale Muslime (eingebürgerte oder konvertierte) Ja zur Initiative sagten, diese Meinung jedoch aus verständlichen Gründen meist nicht öffentlich kund taten. Und ein weiterer Gedanke: Ich bin davon überzeugt, dass die Mehrheit der **Schweizer mit jüdischem Glauben** – entgegen den Empfehlungen der meisten jüdischen Organisationen – mit Ja gestimmt hat. Dasselbe gilt für **Homosexuelle**, die grundsätzlich für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung eintreten, wobei diese sehr gerne auf einen «Gottesstaat» verzichten!

Die Schweiz ist ein Rechtsstaat

Laut H.N. müsste eine Initiative für ungültig erklärt werden, *«...nicht nur, wenn sie zwingendes Völkerrecht verletzt»*, sondern auch bei Verletzung der Menschenrechte, da diese *«heute universale Bedeutung»* hätten. Ich frage mich hier,

weshalb denn vor Jahrzehnten zehntausende von Ungarn und Tschechoslowaken **in die Schweiz – bekannt als Hort für Demokratie und Sicherheit** – geflüchtet waren? Und heutzutage möchten nicht wenige Menschen aus der Dritten Welt – primär aus wirtschaftlichen Gründen – es gibt darunter aber auch einige **wirklich Verfolgte** (z.B. Christen aus dem Irak!), in die Schweiz einreisen. Es ist nicht so lange her (vor 1971), dass in der Schweiz die Frauen auf eidgenössischer Ebene noch kein Stimm- und Wahlrecht ausüben konnten. Verletzte die Schweiz damals deswegen etwa die Menschenrechte? Wohl kaum! Im Übrigen entwickelt sich auch eine jede Gesellschaft (wenige Ausnahmen bestätigen die Regel, wie etwa Nordkorea). Was gestern noch unmöglich war, kann heute Normalität sein. Positives Beispiel: **Im kommenden Jahr werden gleich drei Frauen wichtige Ämter in der Schweiz besetzen: Das Präsidium im Bundesrat, Stände- und Nationalrat!** Die Dinge entwickeln sich halt bei seriöser und kontinuierlicher Arbeit stetig! H.N. spricht sich (auch bei Initiativen) für klare und transparente «Spielregeln» aus. Diese haben wir ja, wenn der Bundesrat nicht mit Hilfe ganzer Heerscharen von Bundesbeamten regelmässig versucht, eine Initiative oder ein Referendum (mit den Steuergeldern aller!) in die «gewünschte» Zielrichtung zu bringen. Auch die Wirtschaftslobby tut ähnliches mit dem Zuschieben von Millionen von Franken an wohlgefällige Komitees und Parteien – wenn's um die Wahrung ihrer Interessen geht!

Was wir brauchen, ist weniger Einmischung durch einseitig berichtende Medien und einen Bundesrat sowie politische Parteien, die wieder etwas näher bei den Sorgen und Nöten der einfachen Bürgerinnen und Bürger sein sollten.

Mit unserem Initiativ- und Referendumsrecht sind wir den meisten Staaten dieser Welt um einige Nasenlängen voraus, wenn es um Mitwirkungsrechte der Bürger geht... und diese lassen wir uns nie nehmen! Die meisten ändern Staaten haben Nachholbedarf...

Markus Borner

Hinweis:
Der SD-Marktplatz erscheint
wiederum in der nächsten
SD-Ausgabe im Januar!

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier.

Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

JSD neu auch in der Ostschweiz!

Am Samstag, 31. Oktober 2009, trafen sich der Vorstand der in der Nordwestschweiz aktiven (u.a. mit fünf Sitzen im Jugendparlament BL) Jungpartei der Schweizer Demokraten (SD) mit einer gemischten Gruppe Jugendlicher aus den Kantonen St. Gallen und Thurgau in Affeltrangen TG.

Gemeinsam beschloss man die Gründung einer JSD Sektion Ostschweiz unter dem Präsidium von **Philipp Kressibucher**.

Nach der Wahl des Vorstandes wurden die Statuten und das Parteiprogramm der neuen Sektion besprochen und einstimmig genehmigt.

Das Programm legt einen besonderen Wert auf den Umweltschutz, die Familie, den Schutz der Schweizer Arbeitnehmer und eine Begrenzung der Einwanderung. Weitere Sektionen sind u.a. in der Zentralschweiz in Planung. Im Frühjahr 2010 wird dann die Gründung einer gesamtschweizerischen JSD in Angriff genommen. Die JSD Nordwestschweiz freut sich, in der neuen Sektion Ostschweiz eine tatkräftige Unterstützung im Kampf für eine unabhängige und neutrale Schweiz gefunden zu haben.

*Marco Schällmann,
Präsident JSD Nordwestschweiz*



Minarette waren auch an der Jugendsession in St. Gallen ein Thema.

dass die Initiative den Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften fördert und darauf aufmerksam gemacht wird. Wird der Muezzin zum Gebet rufen – werden dann weitere Forderungen gemäss dem Koran folgen? Sogar die Scharia kam zur Sprache. Es erscheint als unverhältnismässig, derartige Machtsymbole zu errichten für eine eindeutige Minderheit. Minarette haben in Europa schon Leute dazu gebracht von ihrem Heimatort wegzuziehen. Allgemein würde ich den Ausgang der Diskussion so einschätzen, dass die Mehrheit der Meinung war, dass Muslime zum Zeichen der Integration auf den Minarettbau verzichten könnten und dass eine Initiative, die eine Änderung der BV nach sich zieht, nicht der genau richtige Ansatz ist, das Volk zufrieden zu stellen.

Workshop «öffentliche Sicherheit»

Nach einer kurzen Vorstellung der Leiter und des Gastes, Michael Götte, wurde die Frage «Was ist Sicherheit?» in den Raum gestellt. Die Antworten reichten von «Sicherheit am Bahnhof» bis hin zur Schweizer Armee. Bei Letzterer blieben wir stehen und drangen etwas tiefer ins Thema vor. Sofort bemerkte man eine klare Spaltung der Beteiligten, die JUSO und Jungen Grünen gegen die Armee und die JSVP und JSD dafür.

Unsere Aufgabe war es nun, in diesen zwei Gruppen Argumente zu

sammeln, um die anderen davon zu überzeugen.

In der nächsten Stunde formulierten wir alle Argumente und anschliessend diskutierten wir darüber. Es war ein interessanter Morgen, auch wenn jeder bei seiner eigenen Meinung geblieben ist.

Diskussion «Freiheit und Gesetze»

Der Jung-FDP-Präsident und ein JUSO-Mitglied waren die Hauptreferenten. Wir diskutierten, was unsere Freiheit ist und was jeder unter «Freiheit» versteht. Die Meinungen gingen weit auseinander! Es gab heftige Diskussionen über diverse Themen wie die seinerzeitige Hanf-Initiative oder die DDR. Alle waren für eine Legalisierung des Canabiskonsums, ausser der JSD-Delegation, bestehend aus **Philipp Kressibucher** (Präsident JSDO) und **Benjamin Künzle** (Vizepräsident JSDO). Der JFDP-Präsident glaubt, dass eine Legalisierung mehr Kontrolle und weniger Konsum zur Folge habe. Philipp Kressibucher war jedoch nicht einverstanden und stellte die Frage, was als Nächstes kommen würde, ob man Kokain, Heroin und weitere Drogen bald auch legalisieren würde? Ein Teilnehmer äusserte sich daraufhin, dass man niemandem die Freiheit nehmen dürfe, wenn dieser seinem Körper schaden zufügen will. Dies fand der JSD-Präsident jedoch sehr egoistisch und meinte, es ginge nicht um den eigenen Körper, sondern um den Einfluss auf Drittpersonen, die man dazu verführen könnte, ihnen als Mensch zu schaden. Der Hauptredner der JUSO brachte die Initiative «1:12» aufs Tapet. Daraus ergab sich eine lange und heftige Diskussion zwischen den beiden Hauptrednern. Schade war, dass andere kaum mehr zu Wort kamen. Zum Schluss schnitt man noch den EU-Beitritt der Schweiz an. Jedoch musste da unterbrochen werden, da die Zeit um war.

Fazit

Die Meinungen waren sehr verschieden. Die Jugendsession ergab einen guten Einblick in die heutige Jugendpolitik. Jedoch waren wenige der JSVP bzw. JSD anwesend. Doch wir vertraten unsere Positionen so gut wie möglich.

JSD + -Standpunkt

JSD politisieren an der Jugendsession

Am 14. November, um 9.00 Uhr trafen sich kleinere Gruppen von Jugendlichen beim Hauptbahnhof St. Gallen und die ersten Fotos wurden bereits geschossen. Gemeinsam begab man sich anschliessend ins Regierungsgebäude, wo es dann Frühstück gab.

Daraufhin wurden wir gebeten, uns in den Kantonsratsaal zu begeben, wo wir nach kurzer Einführung verschiedene Gruppen bildeten. Wir von den JSD Ostschweiz und JSD Nordwestschweiz besuchten jeweils einen Workshop am Morgen und eine Diskussionsveranstaltung am Nachmittag. Alles hievon war sehr informationsreich und spannend.

Politische Bildung

Die Runde wurde eröffnet mit der Frage, was die Schweiz für uns bedeutet? Die Antworten überschritten sich; die Schweiz ist für uns eine Heimat: Ein Ort, wo wir willkommen sind und den wir wegen der Landschaft und Kultur sowie der Rechtsordnung und Demokratie schätzen. Wir definierten, was ein Staat ist (Boden, Volk, Macht/Regeln) und worin seine Aufgaben bestehen. Wir lernten die Bundesverfassung kennen und schauten uns einige Passagen, wie z.B. Artikel 36, etwas genauer an. Uns wurde von Grund auf erklärt, wie der Staat aufgebaut ist und wie die Aufgaben zugewiesen sind. Wir sprachen

über Parteiwahlen und die Wichtigkeit der Politik als Thema bei jungen Leuten. Uns wurde die Seite «smarvote.ch» empfohlen. Es kamen auch die Beziehungen zum Ausland und die Unterschiede zwischen der Schweiz und anderen Ländern zur Sprache.

Diskussion Minarett-Initiative

Anwesend waren SVP-Nationalrat Theophil Pfister und der Islamkenner Oscar Bergamin. Die erste Frage ging an Herrn Pfister, warum eine solche Initiative nötig sei. Die Diskussion wurde zwischen Jung-SVP-lern und Grünen entfacht und weiter ausgeführt durch muslimische Jugendliche und andere Gegner der Initiative. Es wurde über die «Notwendigkeit» eines Verbots für Minarette diskutiert. Für die Glaubensausübung des Islams sind die Minarette nicht nötig. Die Befürchtung der Entstehung von Parallelgesellschaften wurde dargelegt, sowie die Angst, dass sich muslimische Gläubige immer weniger gezwungen sehen, sich an schweizerische Verhältnisse anzupassen, – wenn sich doch die schweizerische Gesellschaft ihnen anpasst!

Es ist jedoch heikel, ein solches Verbot in die Bundesverfassung aufzunehmen. Wir sprachen über den Koran und dessen Widersprüche zu unserem Rechtssystem. Als Positives wurde geäussert,

Kontakte:

- **Junge Schweizer Demokraten (JSD) Nordwestschweiz,**
Postfach 14, 4422 Arisdorf, E-Mail: info@jds-nordwestschweiz.ch
- **Junge Schweizer Demokraten (JSD) Ostschweiz,**
Postfach 22, 9555 Tobel, E-Mail: info@jds-ostschweiz.ch
- **Elektronische Zeitung: www.volk+heimat.ch**

**Kanton Bern**

SD Berner Oberland

**Hans Schmid und Erwin Bettschen
neu Ehrenmitglieder**

Die SD Berner Oberland hat zwei ihrer Mitglieder zu Ehrenmitgliedern ernannt. Den Geehrten wurde eine Urkunde und eine Flasche Wein überreicht und hierbei ihre Verdienste gewürdigt.

Hans Schmid, Gwatt bei Thun, pens. Zugführer (fast 40 Jahre bei der SBB); am 5. Dezember 2009 feierte er seinen 91. Geburtstag. Hans Schmid ist seit 1969, anlässlich der «Schwarzenbach-Initiative», Mitglied der NA/SD. Bis 2008 war er im Parteivorstand der SD Thun aktiv. Er war ein fleissiger Leserbriefschreiber und verteilte über die Jahre tausende SD-Zeitungen in die Briefkästen. Auch den «hohen» Behörden fühlte er oft auf den Zahn und erreichte einige Ergebnisse. Seine Geschichtskennntnisse um den Zweiten Weltkrieg sind immens. Auch wenn altersbedingte Beschwerden ihn zurückbinden, bleibt Hans Schmid ein wacher Geist, den das politische Geschehen weiterhin in den Bann zieht.

Erwin Bettschen, Thun, pens. dipl. Chemiker, lange Jahre beschäftigt bei Ciba-Geigy in Basel, wird nächstes Jahr 80. Erwin Bettschen war einige Jahre SD-Parteipräsident in Basel. Er gehörte dem Erziehungsrat Basel-Stadt und auch dem Bankrat der Basler Kantonalbank an. Er war Grossrat in Basel-Stadt zu einer Zeit, da die SD dort mit 11 Grossratsitzen vertreten war und das Zünglein an der Waage spielte. Nach dem Umzug nach Thun wurde er bald Thuner Stadtrat. Später amtierte als Kreisrichter in Thun. Stets war er aktiv im Vorstand der SD Thun. Auch nach der Fusion der Sektionen Thun und Oberland gehört er weiterhin dem Vorstand der fusionierten SD Berner Oberland an und bringt seine langjährige politische Erfahrung ein. Die SD-BO dankt den beiden treuen Aktivmitgliedern für das politische Engagement und wünscht viel Tatkraft und gute Gesundheit.

Walter Brunner, Präsident SD-BO

**Kanton St. Gallen****Noch viel Platz in der Schweiz?**

Da habe ich den Statistiken geglaubt, wonach die Schweiz das meist-übervölkerte und -überfremdete Land Europas sei. Und den Aussagen der Wissenschaftler aus den 1930er Jahren geglaubt, wonach mit der Einwohnerzahl von vier Millionen das Maximum erreicht sei, das hier der Boden und das fragile Gleichgewicht der Natur zu ertragen vermöchten. Diese Erkenntnisse scheinen seit Jahren überholt. Man denkt in grösseren Perspektiven. Frau Maria Lezzi, seit einigen Monaten Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung, sieht noch genügend Platz für 1,4 bis 2,1 Millionen Menschen (vielleicht ein bisschen mehr?). Jedenfalls will das Bundesamt den noch vorhandenen «Spielraum» ausschöpfen durch verdichtetes Bauen, Siedlungsentwicklungen, gezielte S-Bahn-Haltestellen mit neu zu erbauenden Zentren mit mehrstöckigen Bauten, Stärkung von Metropolitanräumen und touristischen Zentren. Mir schwindelt! Es ist mir jetzt schon alles zuviel. Wollen wir hier umtriebige Metropolen? Oder Ferienorte als Grosszentren? Immer noch mehr Boden unter Beton graben?

Und noch mehr Bauernbetriebe/Familienbetriebe verlieren? Früher gehörten diese zum Rückgrat unseres Landes. Aber natürlich haben wir heutzutage mehr als genug Nahrungsmittel, da funktioniert unser Welthandel.

Hoffen wir, es komme bei uns nie so weit wie gelesen im St. Galler Tagblatt (14.10.09): **«Der grosse Hunger nach Land. Staaten wie Saudi-Arabien, China, Südkorea kaufen Land in armen Drittweltländern, um die Ernährung ihrer eigenen Bevölkerung abzusichern.»** Kein Fall für uns – sonst müssten sich viele Stimmbürger eingestehen, dass sie bei verschiedenen Abstimmungen seit den 1960er-Jahren keine politische Weitsicht bewiesen haben.

Nach der Verwirklichung der erweiterten Bauzonen, der «lockeren Siedlungsteppiche», wird es laut Frau Lezzi nicht enger, sondern wir kommen uns näher. Schuldig bleibt sie nur die Erklärung, wie sie nach den erwünschten Millionen neuer Einwohner die Bautätigkeit und Einwanderung abschliesst?

Evelyn Küffer, Medienverantwortliche SD St. Gallen

**Kanton Zürich****Mit dreisten Eindringlingen
aufräumen!**

csz. Im Zürcher Gemeinderat wurde kürzlich der Antrag eines Ratsmitglieds mit sogenanntem «Migrationshintergrund» diskutiert, jungen illegal in der Schweiz lebenden Ausländern Lehrstellen anzubieten. Unbegreiflicherweise fand sich im Stadtparlament eine Mehrheit von unheilbaren «Gutmenschen», welche diesen Unsinn auch noch zum Beschluss erhob... Unser SD-Gemeinderat **Ueli Brasser** führte folgendes aus:

«Was in diesem Beschlussantrag sehr beschönigend als «Sans-Papiers» bezeichnet wird, sind schlicht und einfach dreiste Eindringlinge, die sich illegal in die Schweiz schleichen und versuchen, als Trittbrettfahrer von unserem Land zu profitieren. Wer gar nicht hier sein darf, hat hier weder ein Recht auf Bildung noch sonst irgendein Recht, sondern nur die Pflicht, sofort aus der Schweiz zu verschwinden!

Es ist schon ein Skandal, dass die Zürcher Stadtregierung die Entfernung der Illegalen systematisch sabotiert. Sie weigert sich nicht nur hartnäckig, die Polizei endlich aktiv nach den Schwarzzeiwohnern fahnden zu lassen, was ihre selbstverständliche Pflicht wäre. Sie erbringt sogar munter auf Kosten der Allgemeinheit öffentliche Dienstleistungen, ohne bei landesfremden Personen immer auch den Aufenthaltsstatus zu überprüfen und illegale Aufenthalter sofort der Polizei zu melden. Wahrscheinlich geht es auch darum, die kriminellen Schweizer zu schützen, die illegale Zuwanderer schwarz beschäftigen und zu Hungerlöhnen ausbeuten. Es ist eine faule Ausrede, dass man diesen

Misständen kein Ende setzen könne, weil die Einschleicher behaupten, keine Papiere zu haben. Genau so wie sie gekommen sind, können sie auch wieder «verreisen»! Wir Schweizer Demokraten garantieren Ihnen: Wir bräuchten nicht lange, um diese Unordnung aufzuräumen.

Was jetzt mit diesem Beschlussantrag verlangt wird, ist die Spitze des Skandals. Die frechsten Eindringlinge, welche jahre- oder gar jahrzehntelang illegal hier bleiben, sollen dafür noch honoriert werden, indem man ihrem ebenfalls illegal anwesenden Nachwuchs Lehrstellen anbietet. Dafür wird sich unsere lehrstellensuchende Schweizer Jugend gewiss bedanken! Wir Schweizer Demokraten lehnen nicht nur den Beschlussantrag ab, der ganz offen zum Gesetzesbruch aufruft. Wir verlieren überhaupt langsam die Geduld mit einer Regierung, die den illegalen Wohlstandsparasitismus nach Kräften hätschelt. Wenn jetzt nicht bald wirksam gegen die Illegalen, ihre Beschäftiger und Ausbeuter und gegen die politkriminelle Szene, die ihnen beim heimlichen Aufenthalt hilft, vorgegangen wird, tun wir das. Ab 2010 werden wir regelmässig in Inseraten und Flugblättern die Bevölkerung aufrufen, verdächtige Personen der Polizei zu melden.»

Damit haben wir bereits begonnen. Im Januar 2010 ist eine flächendeckende Flugblattaktion in Schwamendingen geplant. Es ist höchste Zeit, mit dem stillschweigenden Tolerieren oder gar Hätscheln von Schwarzauenthaltern aufhören.

**Manuelle Arbeit fördern statt
noch mehr Akademiker züchten!**

csz. Mit einem Postulat forderte Ueli Brasser (SD) **Massnahmen zur finanziellen und ansehensmässigen Aufwertung manueller und körperlich anstrengender Arbeiten.** Er führte im Parlament u.a. Folgendes aus: «In jeder Volkswirtschaft gibt es zu einem gewissen Prozentsatz Arbeiten zu bewältigen, für die man keine grosse Ausbildung braucht, die aber meistens körperlich sehr anstrengend sind. Die Menschen, welche diese Arbei-

ten verrichten, werden dafür meistens nicht einmal gut entlohnt. Ihre Tätigkeit ist ausserdem nicht mit gesellschaftlichem Prestige verbunden. So ist verständlich, dass fast alle versuchen, nicht in diesem Segment des Arbeitsmarktes zu landen. Das hat aber zur Folge, dass unsere Wirtschaft andauernd mit einem strukturellen Problem zu kämpfen hat. Es gibt viel zu viele Akademiker, und ausgebildete Berufsleute gibt es zwar ge-

nügend, doch fehlt es bei vielen im Grunde an der Eignung. Mit Mühe und Not bringen sie eine Berufslehre hinter sich, nur um nicht als «unqualifiziert» abgestempelt zu werden. Mit der heutigen Politik, die darin besteht, dass alle eine Berufslehre wenn nicht sogar eine Matura und ein Studium machen müssen, auch wenn nachher entsprechende Arbeit fehlt und Frust resultiert, ist ihnen nicht geholfen. Seit Jahrzehnten behilft sich die Wirtschaft damit, für die sogenannte «unqualifizierte» Arbeit Personal aus dem Ausland zu rekrutieren. Doch das hat nur bewirkt, dass die Bevölkerung der Schweiz massiv gewachsen und das Land heute völlig überbevölkert ist, hat aber im Übrigen gar nichts genützt. Auch die Zuwanderer aus dem Ausland eignen sich unser schiefes Bild vom Stellenwert verschiedener Berufe sehr schnell an, wenn sie es nicht überhaupt schon aus ihrer Heimat ebenfalls so gewöhnt sind. Sie weichen logischerweise möglichst rasch auf sogenannte «bessere» Berufe aus, dorthin, wo man lohnmässig und gesellschaftlich besser dasteht. Ihre Nachkommen – wer will es ihnen verargen – versuchen sie natürlich auch dort unterzubringen. Und der Mangel an sogenannten «unqualifizierten» Arbeitskräften ist von Neuem da...

So geht es nicht. Es ist Zeit für neue Denksätze. ... Es geht nicht nur um eine finanzielle Aufwertung, sondern vor allem auch um eine Verbesserung des gesellschaftlichen Ansehens manueller und körperlich strapaziöser Arbeit, und



gerade da könnte die Politik – z.B. über das Schulwesen – viel beitragen. ... Einen Beitrag dazu leisten, dass die Stellung der sogenannten «unqualifizierten» Arbeitskräfte in unserer Gesellschaft aufgewertet wird, statt dass wir den übergrossen akademischen «Wasserkopf» immer noch mehr aufblähen. Uns Schweizer Demokraten ist das ein wichtiges soziales Anliegen, und wir können nicht verstehen, weshalb der Stadtrat, der von Kräften dominiert ist, die sich sozial nennen, dazu nicht Ja sagen kann. Vielleicht liegt es daran, dass es unter Politikern fast nur noch «Gstudierte» gibt, die sich von einem solchen Vorstoss von vornherein angegriffen fühlen. Wir bitten Sie, unser Postulat erst recht zu überweisen, denn nur auf diesem Weg kann auch das strukturelle Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig beseitigt werden.»

Der Vorstoss wurde leider mit allen gegen die drei Stimmen der Schweizer Demokraten abgelehnt. Nein sagten sowohl die SP als angebliche Arbeiterpartei als auch die SVP, die immer vorgibt, gegen die Masseneinwanderung zu sein...

2. Indem die JUSO stattdessen mehr Massnahmen in der Sozialarbeit verlangen, fördern sie nachhaltig die Anstellung von noch mehr Sozialarbeitern, die ja bekanntlich leider meist aus dem linken Spektrum stammen. Was das Ganze mit Zivilcourage zu tun hat, wissen wohl nicht mal die JUSO!

«Aargauer» Tennisprofis

Sind Sie Aargauer oder zumindest mit dem Sport im Kanton Aargau näher bekannt? Dann kennen Sie sicher Muhammed Fetow und Alexander Sadetzky. Nein? Schämen Sie sich! Laut Aargauer Zeitung vom 25. November 2009 sind das die beiden besten Aargauer Tennis-Profis! Kommentar überflüssig. Mein einziger Trost: Der «Würenloser» Sadetzky belegt in der ATP-Weltrangliste lediglich Platz 359, Muhammed Fetow gar nur Platz 1183. Roger Federer muss also vor diesen beiden «Aargauern» noch keine Angst haben.

Genf – Sieg der Rechten

Genf ist bekannt als «Multi-Kulti-Kanton». Dies sicher nicht nur, weil dort früher der Völkerbund beheimatet war und seit der Gründung deren UNO-Nachfolge-Organisationen. Auch sonst ist Genf sehr multikulturell. Umso erfreulicher ist es, dass selbst hier den Stimmbürgern manchmal der Kragen platzt. Früher waren dort die Vigilance stark; ich erinnere mich an eine Parlamentswahl etwa aus den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts, als diese patriotische Bewegung über 22% der Stimmen erhielt und damit zweitstärkste Partei wurde. Lediglich die FDP war (nur hinter dem Komma) minim stärker. Die Vigilance gibt es seit längerem nicht mehr. Dafür ist seit einigen Jahren das MCG (Mouvement Citoyens Genevois) mächtig im Kommen. 2005 gegründet, erreichte das MCG auf Anhieb 7,7% der Stimmen; bei den kürzlich erfolgten Neuwahlen verdoppelten dieses seinen Stimmenanteil auf 14,7 Prozent. Mes félicitations, chers amis genevois!

Was die Genfer können, sollte doch in der übrigen Schweiz ebenfalls möglich sein!

Meine Erklärung für diesen Wahlerfolg ist, dass das MCG sich seit längerem gegen die Überflutung Genfs durch französische Grenzgänger und den dadurch entstehenden enorm gestiegenen Autoverkehr zur Wehr setzt. Seit es die Bilateralen Verträge gibt, stieg die Zahl der Grenzgänger logischerweise nochmals stark an – denn welcher Arbeitgeber lässt sich billige Arbeitskräfte entgehen? Das MCG liess sich auch durch die

massiven Attacken aus den übrigen Parteien nicht von seinem steinigen Weg abbringen.

Deutsche erobern Österreich erneut

Der EU sei «Dank»! Aus NZZ am Sonntag, 1. November 2009: Diesmal geschieht es allerdings auf friedlichem Weg, nämlich durch deutsche Studenten. In Salzburg z.B. kommen 75% der Psychologie-Studenten aus Deutschland. Im Gegensatz zu Deutschland können sie in Österreich nämlich gratis und ohne Zugangsbarrieren (numerus clausus) studieren.

Die Hauptursache dieses Ansturms durch deutsche Studenten ist wieder einmal – wie könnte es auch anders sein – die EU!

Bis 2005 herrschten an den Hochschulen in Österreich beinahe «paradiesische» Zustände, zumindest was die Zahl der Studierenden und damit die Belegung der Hörsäle anbetrifft. Dann aber fällt der Europäische Gerichtshof in Strassburg im Jahr 2005 ein Urteil, wonach die bisherigen Zulassungsbeschränkungen im Widerspruch zum EU-Recht stünden.

Geöffnete Schleusen!

Waren es im Wintersemester 2000/2001 noch 6354 Studierende aus Deutschland, stieg deren Zahl 2008 auf 17 432 und auf Ende 2009 wird die 20 000er-Grenze überschritten sein; Tendenz steigend! Insbesondere, weil auf das Jahr 2011 die Gymnasialzeit in Deutschland von neun auf acht Jahre verkürzt wird. Dann werden gleichzeitig zwei Jahrgänge Gymi-Absolventen an die Unis drängen! Deshalb gab es in jüngster Zeit Massendemos? In Wien gingen die Studentinnen und Studenten zu Zehntausenden auf die Strasse, weitere Demos gab es in Graz, Innsbruck, Linz und Salzburg. Die Studenten protestieren insbesondere gegen unzumutbare Studienbedingungen, gegen überfüllte Hörsäle, aus denen Vorlesungen per Video für jene übertragen werden, die selbst keinen Stehplatz mehr finden. **Ganz allgemein richtet sich der Protest gegen die Bologna-Reform.**

Eine Frage an unsere EU-Turbos: **Wollen wir es in der Schweiz gleich weit bringen?**

Erneuter Anlauf auf erleichterte Einbürgerung

In National- und Ständerat bräut sich eine weitere Vorlage gegen das Schweizer Volk zusammen. Unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben schon mehrfach Vorlagen unserer «Volksvertreter» in

Fortsetzung Seite 12



Kanton Aargau



JUSO Zürich: Welch niederträchtige Gesinnung



Alle Artikel
von Dr. Dragan
Najman,
SD-Grossrat,
Baden

In der Aargauer Zeitung/AZ vom 15. Oktober 2009 war auf der Seite «Zürich» folgender Kurzartikel zu lesen (Zitat, wörtlich): «Nein zu Videoüberwachung (Titel). Die JUSO Stadt Zürich kritisiert, dass der Stadtrat den Vandalismus an Schulen mit Videoüberwachung bekämpfen will. Sie plädiert für

mehr Zivilcourage und Massnahmen der Sozialarbeit.» (Zitatende) Damit zeigen die Juso wieder einmal ihr wahres Gesicht und schlagen damit gleich zwei Fliegen auf einen Schlag:

1. Durch ein Verbot der Videoüberwachung fördern sie die von den Linken seit 1968 geförderte These «Macht aus dem Staat Gurkensalat!». Indem gewissen Jugendlichen erleichtert wird, Vandalenakte zu begehen, wird den Behörden, bzw. der Schulleitung, ihre ohnehin schon sehr schwere Arbeit der Erziehung der Jugendlichen (was eigentlich primär Aufgabe der Eltern sein sollte) erschwert, bzw. verunmöglicht.

Kanton Aargau ...

Fortsetzung von Seite 11

Bern für erleichterte Einbürgerungen abgelehnt. Ich erinnere: 1983 und 2004 wurden erleichterte Einbürgerungen vom Volk abgelehnt, eine weitere Abstimmung in derselben Sache scheiterte 1994 allerdings nur am Ständemehr.

2004 wurde gleichzeitig über die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation abgestimmt. Auch diese Vorlage lehnten die Schweizerinnen und Schweizer mit 52% relativ deutlich ab (Die NZZ schreibt zwar von «relativ knapp» – so unterschiedlich kann also ein Abstimmungsresultat, je nach Blickwinkel, ausgelegt werden). Dass damals Stimmen unserer «Internationalisten» aus den übrigen Parteien laut wurden, endlich das «lästige» Ständemehr abzuschaffen, verwundert wohl kaum jemanden. Dabei ist es ein tragender Pfeiler unserer weltweit wohl einzigartigen Demokratieform, dass dadurch auch die kleinen Kantone ihr Gewicht in die Waagschale werfen können. Ohne Ständemehr könnten die vier bevölkerungsreichsten Kantone Zürich, Bern, Waadt und Aargau die Schweiz im Alleingang beherrschen. Und nun dies: Die erleichterte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation soll wieder aufs Tapet kommen. Ich frage mich und unsere Leserinnen und Leser: Warum stimmen wir eigentlich noch ab, wenn unsere «Landesväter» bei den für sie missliebigen Abstimmungsergebnissen – dasselbe immer wieder bringen. 2004 zur selben Sache bereits abgestimmt, jetzt versuchen sie es zum x-ten Mal, unseren Souverän zu veräppeln!

Wahrheiten zur Personenfreizügigkeit

Die SD haben als einzige Partei gewarnt, dass die Vorgabe in der Personenfreizügigkeit mit der EU, dieselbe gelte nur für Leute, «die eine Arbeitsbewilligung bereits haben bzw. dass man drei Monate Zeit habe, sich eine Arbeit zu suchen», ein Papiertiger sei, weil es unmöglich sein werde zu kontrollieren, wer nur drei Monate hier auf «Arbeit-



suche» ist. Demselben Artikel aus der Weltwoche sind folgende Sätze zu entnehmen: Auf der Internetseite des linken «Mediennetzwerks» Indymedia.org brüsteten sich die Täter, welche im Migrationsamt schussichere Scheiben eingetreten hatten (!), die Wände voll gesprayed und rote und schwarze Farbbeutel gegen das Gebäude geworfen hatten, mit ihren «Heldentaten». Dass diese während der Nacht passierten, verwundert niemand, denn den Mut, diese offen zu begehen, haben diese Leute nicht. Dem «Tagi» waren diese Taten lediglich eine Randnotiz wert. Die Weltwoche fragt in etwa folgenden Worten richtig: «Wenn umgekehrt Neonazis einen Anschlag auf ein Gleichstellungsbüro verübt hätten, kann man sich die fetten Schlagzeilen der linken Presse vorstellen.»

Für einmal eine erfreuliche Nachricht

Das Zürcher Obergericht hat die Strafe für einen 28-jährigen Mazedonier, der von 2004 bis 2007 seine heute 22-jährige Freundin regelmässig vergewaltigt, sexuell genötigt und anderswie gequält hatte, zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Das Bezirksgericht Dielsdorf hatte lediglich 4,5 Jahre verhängt (Zu Beginn ihres Martyriums war die Frau also erst 17-jährig!).

Leider gleich wieder eine schlechte Nachricht

Dass die obige «erfreuliche» Nachricht offenbar nur ein «Ausrutscher» des Obergerichts Zürich gewesen ist, zeigt aber die Nachricht (NZZ, 31. Oktober 2009), dass es folgendes Urteil des Bezirksgerichts Zürich bestätigt hat: Der Zulieferer eines Cannabis-Rings wurde zu einer Freiheitsstrafe von 30 Monaten verurteilt und senkte den unbedingten Anteil

sogar von 15 auf 10 Monate. Der 35-jährige Serbe hatte mit rund 850 kg Cannabis gedealt. Am Ende liess er in einem Reisecar 220 kg Marihuana in die Schweiz schmuggeln. Dieser Transport flog allerdings beim Zoll in Chiasso auf (ob die 220 kg in den 850 kg enthalten sind oder hinzugerechnet werden müssen, ist der Mitteilung nicht klar zu entnehmen). Wie dem auch sei, in vielen Ländern

(vor allem in Südostasien) wäre bei dieser Menge dem Täter die Todesstrafe sicher gewesen. Und auch eine Gefängnisstrafe ist in jenen Ländern kein Urlaub wie bei uns. Der jetzt Verurteilte gehörte übrigens zu einer Gruppe von sechzehn Dealern, welcher die Kantonspolizei Zürich den Handel mit rund zwei Tonnen Haschisch und fünf Tonnen Marihuana nachweisen konnte.

Grosser Rat Aargau**Christliche Kreuze wohin?**

Interpellation René Kunz, Reinach, vom 24. November 2009 betreffend der Gefahr eines Verbots von Kruzifixen und anderen christlichen Symbolen in Schulzimmern und öffentlichen Räumen im Kanton Aargau

Text und Begründung:

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg hat unserem Nachbarland Italien verboten, Kruzifixe in Schulzimmern aufzuhängen. Begründet wird dieses Verbot damit, dass Kruzifixe einen Verstoss gegen die Menschenrechtskonvention darstellten und die Religionsfreiheit verletzen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist auch für andere Staaten relevant. Es kann also durchaus sein, dass sich die Schweiz diesem seltsamen und anti-christlichen «Rechtsurteil» wird beugen müssen.

Unser Bundesgericht hat im Jahre 1990 ein Urteil gefällt, wonach das Anbringen von Kruzifixen in den Schulzimmern der Primarschule der Tessiner Gemeinde Cadro verboten wurde. Dieser Entscheid wird damit begründet, dass religiöse Symbole gegen die verfassungsmässig vorgeschriebene Neutralität der öffentlichen Schule verstossen. Es ist unfassbar, dass unser höchstes Gericht die christlich-abendländische Kultur schwächt. Dieses Urteil kann somit auch als Preisgabe unserer Wertvorstellungen gedeutet werden. Unsere Rechtsordnung und Grundwerte sowie Sitten und Gebräuche geraten in Schieflage, wenn in unseren Schulen muslimische Kinder dem Schwimmunterricht fernbleiben (wollen). Auch die Ganzkörperverschleierung (Burka) ist nur noch eine Frage der Zeit und stellt eine Provokation gegenüber unserer christlich-abendländischen Kultur dar.

Die deutsche evangelische Theologin Maria Jepsen sagte richtig: Was unsere Gesellschaft am meisten belastet, ist der Verlust an Orientierung und Ethik, der Verlust von Werten und von sozialen Beziehungen.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

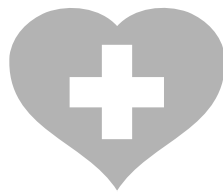
1. Werden Kruzifixe oder andere christliche Symbole auch aus den Schulzimmern und öffentlichen Räumen im Kanton Aargau verbannt?
2. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass unsere ethischen Werte die christlich-abendländischen Grundwerte beinhalten sollen? Wenn nein, warum nicht?
3. Kann der Regierungsrat die Meinung teilen, dass das Tragen eines Kopftuchs in Schulzimmern und öffentlichen Räumen gegen unsere christliche Moral- und Wertvorstellung verstösst (im Kontext mit der Verbannung von Kruzifixen aus Schulzimmern)? Wenn nein, warum nicht?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass Kruzifixe und andere christliche Symbole aus Rücksicht auf die stetig steigenden islamischen Glaubensforderungen unerwünscht sind? Wenn nein, warum nicht?
5. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass Kruzifixe und andere christliche Symbole in Schulzimmern und öffentlichen Räumen ein Teil unserer Kultur und des öffentlichen Lebens prägen? Wenn nein, warum nicht?
6. Wie würden Schulbehörden oder Regierungsrat reagieren, wenn Schulkräfte mit Kopftuch oder gar Burka bekleidet zum Unterricht erscheinen würden? Dasselbe gilt natürlich auch für Gemeinde- und Staatsangestellte. Würden solche Kleidungsstücke geduldet werden? Wenn nein, könnten die so «diskriminierten» Personen ihr «Recht» auf Grund des Antirassismusesetzes einklagen?

Anzeige

ART SAVOUR VARGA**Sa/So, 9./10. Jan. 2010****Gruppenausstellung**

**Vernissage am Sa, 9. Jan., 14–20 Uhr,
Finissage am So, 10. Jan., 11–16 Uhr
in der Galerie Nordstrasse 152, Zürich.**

Mit Themenwand «schwarz/ weiss»



Immigration clandestine et finances communales

Dans un article intitulé «Clandestins: le casse-tête des communes» (5 octobre 2009), le *Figaro* évoque l'impact financier de l'immigration illégale pour les communes pauvres de la région parisienne, où séjournent de nombreux clandestins.

Il faut savoir que les communes reçoivent de l'argent (dotations) de l'Etat en fonction du nombre d'habitants. Or, l'Institut national de la statistique et des études économiques (Insee) ne recense pas les immigrés clandestins en tant qu'habitants. La conséquence: les communes qui comptent un nombre élevé de clandestins, dont les enfants sont paradoxalement autorisés à fréquenter les écoles, reçoivent des dotations proportionnellement inférieures au nombre réel d'habitants.

Pour illustrer la gravité que peut atteindre le phénomène, le *Figaro* mentionne l'exemple de la commune de Grigny, dans l'Essonne. Les clandestins y représenteraient 20% de la population. Cette estimation repose sur le nombre d'enfants scolarisés: alors que Grigny compte 26 000 habitants, elle affiche 1400 élèves de primaire de plus que la commune voisine de Viry-Châtillon, dont la population est pourtant de 31 000 habitants. Cette masse d'écoliers «imprévus»

représente quelque 45 classes, soit quatre groupes scolaires à bâtir, entretenir, chauffer, rénover et autant d'enfants à nourrir quotidiennement. Selon Philippe Hivert, le directeur de cabinet du maire de Grigny, la commune s'en trouve dans une situation «insoutenable»: un groupe scolaire coûtant en moyenne 500 000 euros par an, Grigny doit faire face à un surcoût scolaire d'au moins 2 millions d'euros, qui s'ajoute à un déficit déjà proche de 14 millions d'euros. Comment en est-on arrivé là? Certains montrent du doigt le maire communiste qui aurait, dicit le *Figaro*, «laissé les familles démunies se concentrer sur son territoire de Grigny pour consolider sa base électorale et gérer comme une manne l'attribution de postes de fonctionnaires». Pierre Cardo, l'ancien maire de la commune de Chanteloup-les-Vignes, mentionne une autre cause, d'ordre légal: l'obligation qu'ont les communes d'accueillir à l'école tous les enfants dès l'âge de six ans. Cette obligation, qui partait d'une bonne intention, est aujourd'hui détournée de son but initial. Au nom du droit des enfants à être scolarisés, des associations telles que le Réseau Education sans Frontières (RESF) aident de facto les clandestins à obtenir le droit de rester en France.



Encore plus d'étrangers – nouvellement de Roumanie et de Bulgarie? – Non à la libre circulation

Des mesures sont-elles prises pour lutter contre ces abus? Selon le *Figaro*, les maires sont conscients du problème, mais ferment souvent les yeux. De plus, comme chaque expulsion déclenche de nombreuses protestations, les préfets hésitent à appliquer la loi dans toute sa rigueur; le nombre d'expulsions reste par conséquent limité. La Suisse n'est pas épargnée par ces phénomènes. On se souvient encore de l'interminable affaire des 523 requérants d'asile du canton

de Vaud: alors que ces requérants avaient été déboutés, les autorités vaudoises ont, des années durant, traîné des pieds pour les expulser. Que faut-il penser d'un Etat qui rechigne à appliquer ses propres lois? Selon une estimation datant de 2005, il y aurait environ 90 000 clandestins en Suisse. Dans quelle mesure pèsent-ils indûment sur les finances des communes suisses? Cette question doit être posée.

Jan Mahnert
est un auteur indépendant

Le MCG dépose une plainte pénale!



Les dealers et les «autonomes» se rebiffent

Des actes d'une extrême violence se sont multipliés contre le MCG ces derniers jours. C'est pourquoi nous avons décidé de porter plainte pénale contre inconnus, et tout particulièrement contre les membres d'un groupement prônant la violence se présentant sous l'appellation: «les autonomes».

Des affiches électorales ont été recouvertes sur la plaine de Plainpalais par ledit groupement, qui empêche ainsi le libre déroulement de l'élection démocratique au Conseil d'Etat.

Sur des affiches MCG, des appels au meurtre ont été inscrits, visant

Eric Stauffer, à savoir: «Tuez-le pour 1 franc», ou: «A mort le MCG». Nous ne comptons pas les affiches souillées par des slogans orduriers et exprimant la haine, voire par des altérations ayant pour but de faire passer les candidats MCG pour des partisans fascistes ou nazis.

Nous ne pouvons que nous interroger sur le curieux silence des autres candidats à l'élection au Conseil d'Etat qui, proches de ces milieux de gauche pour certains d'entre eux, semblent, faute de les



dénoncer, les cautionner par l'intérêt qu'ils trouvent dans ces attaques calomnieuses.

La semaine dernière, les panneaux de la SGA arborant des affiches MCG sur le pont Butin ont été vandalisés, mettant la sécurité routière en péril et nécessitant l'intervention des pompiers. Quant au tracteur du MCG, ses pneus ont été crevés afin d'empêcher que nos affiches soient vues par la plus grande partie des électrices et électeurs du canton.

Les limites du tolérable ont été largement franchies, et il convient de ne pas accepter sans réagir de telles pratiques qui sont une agression à la démocratie elle-même. Tous les démocrates doivent se

révolter contre ces odieux procédés. Le MCG se battra vigoureusement, avec tous les moyens légaux à disposition, contre ces ennemis de la démocratie.

Eric Stauffer et Mauro Poggia



Bravo MCG!

Les citoyens genevois viennent d'exprimer souverainement leurs suffrages pour l'élection du Grand Conseil. Le Mouvement Citoyens Genevois tient à exprimer sa vive reconnaissance à toutes celles et à tous ceux qui lui ont fait confiance. En ma qualité de président du MCG, je tiens également à remercier du fond du cœur tous nos membres, militants, bénévoles et candidats, qui ont réalisé une campagne électorale qui fait toute ma fierté.

Le résultat du scrutin laisse présager un nombre de députés MCG encore jamais atteint dans l'histoire genevoise par un groupe poli-

tique qui n'existait pas encore 5 ans auparavant.

Cette marque de confiance nous fait honneur. Elle nous confère surtout une immense responsabilité. Celle de faire changer l'action gouvernementale à Genève au cours de la prochaine législature.

Notre ligne politique ne changera pas d'un iota, puisque c'est elle qui a été plébiscitée par le corps électoral. Nous ne recherchons aucune alliance, ni à droite, ni à gauche. Parce que l'alliance des citoyens genevois – et non des appareils politiques – c'est au sein même du MCG qu'elle a été scellée.

L'avertissement du peuple le 11 octobre, reste lettre morte pour la majorité du parlement!

La Fondation des Parkings engage 23 frontaliers comme contractuel sans avoir les finances et demande un crédit extraordinaire de 2 900 000 francs!

Après le MCG, hier soir sur la TSR (Infrarouge), la conseillère fédérale Micheline Calmy-Rey lance un appel aux entreprises d'engager des résidents suisses, l'Etat de Genève est le premier à ne pas suivre cet appel! Ce jour à la Commission des Finances le Mouvement Citoyens Genevois refuse une **demande en autorisation de crédit extraordinaire** du Département des institutions et du Département du territoire – 2 900 000 francs – **Fondation des parkings.**

Malheureusement le MCG a été minorisé! Les contractuels «frontaliers» séviront contre les Genevois!

2,9 millions pour engager des contractuels frontaliers: le MCG dénonce le chantage du Conseil d'Etat

Ce 25 novembre, la commission des finances du Grand Conseil a accepté un crédit extraordinaire de 2,9 millions de francs pour subventionner la Fondation des parkings, afin que cette dernier engage plus de 50 contractuels dont 23 frontaliers.

Le MCG a refusé ce crédit afin que l'on n'engage pas ces 23 frontaliers

**Nous vous souhaitons
un joyeux Noël!
Démocrates Suisses**

*Eric Stauffer et Claude Jeanneret
Députés au Grand Conseil et
membre de la Commission des
Finances de la République et
canton de Genève*

Ras-le-bol de la violence d'extrême-gauche!

Le MCG réclame l'interdiction des défilés anti-OMC et autres G8!

Après la scandaleuse manifestation anti-OMC du 28 novembre, soutenue par la gauche et les Verts, le MCG dépose des textes parlementaires au Grand Conseil. Genève a été mise à été vandalisée avec de nombreuses voitures brûlées et saccagées, ainsi que des vitrines fracassées. C'est intolérable.

Le MCG vient de déposer un Projet de Loi et une Motion (voir annexes) réclamant «l'interdiction des défilés lors des manifestations contre l'OMC et autres G8».

Il faut rappeler que des groupes de casseurs cagoulés organisent systématiquement des déprédations et des actes de violences. Le Conseil d'Etat continu néanmoins à autoriser leurs défilés, ce qui se révèle insupportable pour les résidents et commerçants genevois.

Nous demandons qu'à l'avenir ce type de manifestations soit organisé dans un lieu sécurisé, par exemple sur l'esplanade face à l'ONU. C'est là que de nombreux groupes manifestent et s'expriment, en res-

pectant à la fois leur liberté d'expression et la non-violence de Genève. Pour l'image de notre Cité, ce type de manifestations est catastrophique. Le MCG se battra contre cette violence insupportable et totalitaire qui détruit notre démocratie.

Nous avons également déposé une Interpellation urgente écrite (IUE) demandant au Conseil d'Etat «qui a donné l'ordre de ne pas intervenir» face aux premières violences des casseurs. L'autorité politique, qui a autorisé la manifestation violente, doit ensuite s'expliquer sur la façon dont elle a géré ces groupes de casseurs et pourquoi l'ordre a été donné de ne pas agir. Genève en a assez de la chienlit, comme dirait le général de Gaulle.

Il est temps d'affirmer certaines valeurs républicaines que le Conseil d'Etat, par sa faiblesse et son laxisme, met à mal.

Le MCG se battra contre la violence qui pourrait Genève.

*Eric Stauffer, président du MCG,
Henry Rappaz, vice-président*

Genève saccagée par des casseurs de l'extrême gauche!

La Police a reçu instruction de ne pas intervenir!

Les Verts, Solidarité et le Parti du Travail (PDT) portent une lourde responsabilité dans la mise à sac de Genève!

Ueli Leuenberger et Antonio Hodgers, conseiller nationaux des Verts, suivis de Pierre Vanek de SolidaritéS et Jean-Luc Ardite du Parti du Travail, ils étaient tous là pour saccager Genève!

Le MCG dénonce la manifestation anti-OMC de ce samedi 28 octobre, qui a été émaillée de nombreuses violences. Des voitures ont brûlé, des vitrines ont été saccagées pour créer un sentiment d'angoisse dans la population genevoise et frappant ainsi des citoyens qui n'avaient rien à voir avec ce défilé destructeur.

Ce genre d'actions est inacceptable dans une société civilisée et démocratique où chacun peut voter pour ses élus. Pareille dérive ne peut être tolérée. C'est la responsabilité des partis de gauche qui est engagée, les Verts, SolidaritéS et le Parti du Travail, puisqu'ils ont cautionné clairement ces actes de violence. Le Conseil d'Etat, en autorisant cette manifestation, qui était

condamnée à dégénérer, a pris la responsabilité de ces actes de violence.

A l'heure où nous publions ce communiqué, nous apprenons que cinq voitures ont été incendiées, de nombreuses autres ont vu leur pare-brise détruit. Il y aurait eu quinze interpellations de casseurs.

Des ordres ont été donnés à la police de ne pas intervenir face aux violences, ce qui a fait dégénérer la manifestation. C'est à la rue de la Corratierie déjà que les premières violences ont débuté, c'est à cet endroit qu'elle aurait dû être dispersée. Ensuite, le pouvoir politique a laissé dégénérer la situation et empêché les interventions contre la violence qui a ensuite pu se donner libre cours.

Des ordres ont été donnés afin que les casseurs puissent sévir dans nos rues, ce qui est intolérable. Il est temps que les dealers, les criminels et les extrémistes ultraviolents cessent de faire la loi à Genève, qui n'est plus une ville sûre. Les Citoyennes et les Citoyens réclament un retour à nos valeurs démocratiques et citoyennes.

«10vor10»-Redaktion gerügt!

Die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) hat dem TV-Nachrichtenmagazin «10vor10» eine Rüge erteilt. Die UBI hat eine Beschwerde gegen einen Beitrag über «Arbeitskräfte aus der EU» gutgeheissen. Der Beitrag hatte drei Monate vor der Abstimmung über die Personalfreizügigkeit am 8. Februar 2009 die Wichtigkeit von EU-Arbeitskräften für Schweizer Spitäler thematisiert. Laut UBI wurde der **falsche Eindruck vermittelt**, dass bei einer Ablehnung der Personalfreizügigkeit viele Arbeitskräfte,

SF IOVORIO

insbesondere aus der EU, nicht länger im Universitätsspital Basel hätten arbeiten können. Dies traf jedoch nicht auf EU-Arbeitskräfte mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zu, womit der Sendebeitrag laut UBI nicht den Tatsachen entsprach.

So manipulieren unsere Medien. Eine Richtigstellung fand jedoch erst mehr als ein halbes Jahr nach der Abstimmung statt!

Verfügbarkeit und Qualität der Briefmarken

Schweizer Briefmarkenpolitik – quo vadis?

Im Juni 2002 stellte die Schweizerische Post zum Bedauern nicht nur der Philatelisten die Briefmarken-Produktion ihrer hauseigenen Wertzeichendruckerei aus wirtschaftlichen Gründen ein. Da ein Jahr zuvor die international bekannte Briefmarkendruckerei Courvoisier in La Chaux-de-Fonds liquidiert worden war, musste die Post die Druckaufträge ins Ausland vergeben. Es wurde damals versichert, dass auf die Qualität der Briefmarken auch beim Druck im Ausland höchsten Wert gelegt werde. Schweizer Briefmarken blieben nach wie vor ein Spitzenprodukt. Als die Schweizer Marken in der Mehrzahl noch im Inland gedruckt wurden, waren Abarten und Fehlerrückstände äusserst selten und darum beim Sammler sehr begehrt. Dies hat nun geändert. Seit 2002 findet man auf Prospekten philatelistischer Anbieter praktisch in jeder Ausgabe Angebote von Neuerscheinungen mit Abarten. Dadurch hat dieser Sammelzweig an Attraktivität viel eingebüsst.

Imageschaden durch zu viele Fehlerrückstände

Besonders gravierende technische Mängel sind – als jüngstes Beispiel – bei der 1-Franken-Sondermarke zu den Eishockey-Weltmeisterschaften, die in der Schweiz stattfanden, aufgetreten. Die Marken wurden in der renommierten Offizin Joh. Enschedé in den Niederlanden gedruckt. Es sind Klagen laut geworden, die besagen, dass die Selbstklebmarken selbst von Fachleuten beim Loslösen vom Bogen so beschädigt werden, dass sie nicht mehr zu gebrauchen sind.

Durch diesen Vorfall hat der Ruf der Schweiz und der Post weiter gelitten, ja es muss von einem Imageschaden gesprochen werden. Dass die Schweiz einstmals für über 100 Länder in erstklassiger Qualität Briefmarken millionenfach gedruckt hat, ist nur noch Erinnerung.

Die Schweizerische Post bestätigt, dass gravierende technische Mängel bei einem Teil der Auflage bestehen. Sowohl die Poststellen wie auch die Philateliestellen sind angehalten, mangelhafte Markenbogen umgehend auszutauschen.

Verfügbarkeit von Sondermarken am Postschalter

Von Kunden, die am Postschalter Sondermarken kaufen möchten, wird beklagt, dass viele gar nicht erhältlich sind. Es wird auf ausgewählte Post- und die Philateliestellen verwiesen. Nach den Richtlinien des Weltpostvereins (UPU) müssten eigentlich alle herausgegebenen Briefmarken eines Landes flächendeckend erhältlich sein.

Die Post (Abteilung Briefmarken und Philatelie) ist über die mangelnde Verfügbarkeit der Sondermarken am Postschalter «nicht erfreut». Wohl werden alle Sondermarken an den meisten Postschaltern angeboten, jedoch nur in relativ kleinen Auflagen, was einen raschen Ausverkauf zur Folge hat. Da sowohl die Auflage wie auch der Verteiler in der Kompetenz des Bereiches Poststellen und Verkauf liegen, haben die Philatelie-Verantwortlichen hierauf praktisch keinen Einfluss.

Briefmarkenflut auf Kosten der Sammler?

Im Gegensatz zur mangelnden Verfügbarkeit von Sondermarken sind gemäss den Ausgabenprogrammen der letzten Jahre durchschnittlich 40 bis 45 Neuheiten pro Jahr herausgegeben worden. In diesem Jahr sind im März bereits 10 Briefmarken herausgegeben worden und im Mai folgten in einer 2. Tranche weitere 14 und ein Sonderblock. Man wird den Eindruck nicht los, dass die Briefmarken in erster Linie zur Geldbeschaffung nur noch für die Philatelisten produziert werden. Die Post weist dies zurück. Sie betrachtet die Briefmarken nach wie vor als ein wertvolles Kulturgut. Bei der Planung gelte es daher zu beachten, dass möglichst viele Kreise und Interessengruppen angesprochen werden. Im Vergleich mit ausländischen Postverwaltungen könne von der Schweizerischen Post eine gewisse Zurückhaltung konstatiert werden. «So ist die Post stets auf einer Gratwanderung, auf der möglichst



alle Interessen mit der Rentabilität unter einen Hut zu bringen sind.»

Jakob Kubli, Netstal

Zensur in der Schweiz

Im Zusammenhang mit dem Komplex Einwanderung, Erhöhung der Bevölkerungsdichte und Probleme mit roher Gewalt und Kriminalität in der Schweiz breitet sich offensichtlich eine Zensur aus. Im Tages-Anzeiger Zürich zum Beispiel wurde der US-amerikanische Jugendpsychologe und Neurowissenschaftler Laurence Steinberg hochgejubelt, der nachgewiesen haben soll, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen der Unreife des Gehirns von Jugendlichen und deren verstärkte Neigung zu kriminellen Verhalten. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass

man jugendliche Verbrecher nicht hart bestrafen dürfe. Der Journalist Mathias Meili sah daraus auch Konsequenzen für die Schweiz. Kein Wort davon, dass früher, als die Schweiz noch nicht durch Einwanderung derart überbevölkert war wie heute, die Jugendlichen in der Schweiz in keiner Weise derart gewalttätig waren wie heute. In einem Leserbrief versuchte ich, die Inkompetenz im betreffenden Artikel aufzuzeigen. Reaktion? Nichts, nicht einmal per E-Mail. Dabei bin ich Abonnent des Tages-Anzeigers.

Jean-Jacques Hegg, Dr. med. Psychiater FMH, e. Nationalrat

Machen fremde Tiere und Pflanzen wirklich Sorgen?

Ein redaktioneller Beitrag zu obigem Thema war der Basler Zeitung vom 16. November 2009 zu entnehmen. So stand wörtlich geschrieben: «Einmal hier, wird man sie nicht mehr los!» Ja, ja, die Welt ist mit den heutigen, modernen Transport- und Verkehrsmöglichkeiten und engen Handelsbeziehungen sehr klein geworden. Und wenn z.B. mal Tiere nicht aus eigener Kraft Ozeane überqueren können, so ist der Mensch mit Sicherheit in irgend einer Form behilf-

lich (mit Absicht oder aus Dummheit!). Nun, denke ich, dass gemessen am Schaden, welchen die Überbevölkerung durch die hemmungslose Einwanderung und die Einbürgerungen in der Schweiz nach sich ziehen und an Natur und Kultur verursachen, – die wenigen «wandernden» Tiere und Pflanzen wohl kaum sehr schädlich sein können. **Der Mensch ist es doch, der den Planeten Erde zerstört – bei uns und überall!**

Linus Ammann, Riehen

Verraten und verkauft

Ich bin nicht überrascht. Milliardenbeträge werden an zukünftige EU-Mitglieder verschenkt; auch die heutige EU kommt nicht zu kurz. Nach meinen Informationen würden diese Finanzgeschenke ausreichen, um das IV-Defizit zu decken. Kann man mir verargen, dass ich da den Verdacht auf Korruption zugunsten fremder Staaten hege? Bundesbern ist mir schon lange suspekt, wenn ich mir unter anderem die Goldverkäufe

zu einem lausigen Preis ansehe – diese Verkäufe zu einer Zeit – da der grosse Preisanstieg schon sicher war. Frage: In wessen Interesse sind diese Manipulationen, und WER wurde dafür saftig geschmiert?

Ich fühle mich verraten und verkauft von Bundesbern. Wann endlich erwacht das Volk und reinigt den Stall?

*Woldemar Greber,
Acquarossa TI*

Magistrale Nonchalance!

Das Abstimmungsresultat erfüllt weite Teile unserer Bevölkerung mit Sorge. Aber nur keine Panik, der Bundesrat, besonders aber unser energischer Bundespräsident, hat schon oft bewiesen, dass er jeder Krise «gewachsen» ist.

Werden nun als Folge des Abstimmungsresultates Asylanten und Asylbewerber aus muslimischen Ländern unser Land für immer

verlassen? Oder noch schlimmer, wenn Asylbewerber aus solchen Ländern in Zukunft einen Bogen um die Schweiz machen? Dann ist unsere Eveline Widmer-Schlumpf gefordert. Sie hat es schliesslich auch geschafft, die Anzahl der Asylbewerber gegenüber der Blocher-Ära signifikant zu erhöhen. Also wird sie auch dieses Problem mit magistraler Nonchalance lösen. Oder wenn Indonesien – welches das Abstimmungsresultat ebenfalls empört kritisiert hat – aus lauter Entrüstung die schweizerische Tsunami-Hilfe zurückzahlen will, weil es von uns keine Hilfe annehmen möchte? Dann eilt Micheline Calmy-Rey flugs nach Indonesien. Im Gepäck (wie bei ihrem Teheran-Besuch) einen Schleier, aber auch einen Kübel voll Asche, die sie sich während ihrer Entschuldigungsrede aufs Haupt streut. Anschliessend wäre Indonesien sicher nicht nur bereit, auf die Rückzahlung unserer Hilfsgelder zu verzichten, sondern sogar weitere Spenden aus der Schweiz entgegenzunehmen!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Profitgier...

Die Minarett-Initiative haben wir den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten zu verdanken, welche aus reiner Profitgier vor Jahrzehnten die Schwarzenbachinitiative vehement bekämpft und damit der uneingeschränkten Einwanderung Tür und Tor geöffnet haben. Diese unheilige Allianz hat zudem James Schwarzenbach, der die heutigen Probleme unseres Landes klar vorausgesehen hat, auf höchst perfide Weise lächerlich gemacht, in den Dreck gezogen und als Rassist verleumdet. Einmal mehr holt uns unsere Vergangenheit ein!

Marcel Steiner, Luzern

Schweiz wird bevormundet

Das Volk hat demokratisch abgestimmt. Dies entsprechend der christlichen Tradition und nach realen Erfahrungen mit den pseudo-Multikulturisten in unserem Land.

Und nun heulen sie los, alle die Gutmenschen! Dabei vergessen sie, wie unser Demokratieverständnis mit Füssen getreten wird; wie unser Finanzplatz von aussen angegriffen wird und wie wir nun politisch an den Pranger gestellt werden. Es werden für die Schweiz immer nur neue Schwierigkeiten «komponiert». Nicht bloss ein Gadaffi will uns in die Pfanne hau-

en, weil er glaubt, unsere Rechtsauffassung gelte nicht für seine Angehörigen.

Selbst in unseren «eigenen Reihen» gibt es Besserwisser, die weder der Kirche noch dem eigenen Gewissen verpflichtet sein wollen und sofort nach Bekanntwerden des Abstimmungsresultates Kritik an diesem äussern!

Mit Selbstbewusstsein und dem Mut der Eidgenossen werden wir diese schwierigen Zeiten überwinden. Berechtigter Widerstand führte schon früher zum Erstarken und neuem Erfolg!

Paul Läderach, Steffisburg

Scharia verhindern; Rückwanderung fördern?

Wird – wenn die Minarett-Plakate verschwunden sind und keine Minarette gebaut werden – die bisher vernachlässigte Auseinandersetzung, der Dialog, der gefehlt hat, weiter ausbleiben? Es geht nicht nur darum, den politischen Islam, die Praxis der Scharia zu verhindern, sondern auch auf Grund von Koran und Bibel ins Gespräch zu kommen, Verschiedenheiten und

Nichttolerierbares aufzuzeigen, aber auch das Gemeinsame zu suchen auf dessen Basis eine Zusammenarbeit möglich ist. Muslime, die als bedrohte Flüchtlinge aus dem Balkan in unser Land gekommen sind, sollten auch, wenn die Möglichkeit einer Rückkehr zum Aufbau des angestammten Landes besteht, dazu angehalten werden.

Emil Rahm, Hallau

Dank und Weihnachtsspendenaufwurf

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gesinnungsfreunde*

Es ist uns ein tiefes Bedürfnis, Ihnen für Ihre Unterstützung und Sympathie, welche Sie unserer heimatstreuen Politik im zur Neige gehenden Jahr entgegengebracht haben, von Herzen zu danken. Freunde – wie Sie – helfen entscheidend mit, dass wir uns auch künftig mit ganzer Kraft gegen die Überfremdung, Einwanderung und Übervölkerung unserer geliebten Heimat einsetzen können.

Die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften und die Regierungsparteien verfügen über unglaubliche finanzielle Summen, die sie in Wahl- und Abstimmungskämpfen einsetzen. Da wir über solche Quellen nicht verfügen, sind wir auf Spenden angewiesen. Mit Ihrer Weihnachtsspende helfen Sie uns, im täglichen politischen Kampf mit etwas weniger Geldsorgen bestehen zu können.

Der Erfolg unserer Arbeit hängt daher auch von Ihrer Unterstüt-

zung ab. Wenn Sie sich nicht durch Flugblatt-Verteilaktionen oder anderen Arbeiten persönlich einbringen können, dann steht Ihnen der «Weg» über eine Spende offen. Vor wenigen Tagen haben wir Ihnen einen Einzahlungsschein zugestellt. Bitte benutzen Sie diesen nach Möglichkeit. Selbstverständlich können Sie auf unserem Zentralsekretariat auch einen weiteren Einzahlungsschein beziehen oder aber auf einem neutralen Schein die Postkontonummer 80-2270-0, und die Anschrift, Schweizer Demokraten, 3001 Bern einsetzen.

Wir wünschen Ihnen frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr.

Mit freundeidgenössischem Gruss

*Schweizer Demokraten (SD)
Ueli Brasser, Gemeinderat,
SD-Zentralpräsident
Markus Borner, e. Grossrat,
SD-Vizepräsident
Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer*